Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 194. | Freitag, den 19. August 1904. | 11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Sechster internationaler Sozialistenkongreß.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote“.)

Amsterdam, 17. August.

Vierter Verhandlungstag.

Den Vorsitz in der heutigen Vormittagssitzung, die gegen 10½ Uhr eröffnet wird, führen als Ehrenpräsidenten Hellquitt-Vereinigte Staaten von Nordamerika, Cipriani-Frankreich (Jaurès ist) und Iglesias-Spanien. Die dauernde effektive Leitung der Verhandlungen liegt mit Rücksicht auf die sprachlichen Schwierigkeiten in den Händen Van Kols.

Das Bureau teilt mit, daß die Kommission für internationale Regeln der sozialistischen Politik noch längere Zeit für ihre Beratungen brauchen werde, da man eine Resolution finden wolle, die eine möglichst feste Richtschnur für die Parteien der einzelnen Länder festsetze und doch nicht unnötig verletze. Es schlägt deshalb vor, jetzt die Punkte zu behandeln, die voraussichtlich weniger Anlaß zu größeren Diskussionen geben werden, die Frage der Arbeiterversicherung, die der englischen Kolonialpolitik in Indien und die der Trusts. Der Kongreß ist damit einverstanden. Weiter teilt der internationale Sekretär Serwy-Brüssel mit, daß 488 Delegierte bisher gemeldet sind; er bittet diese, die bereits seit mehreren Tagen in Amsterdam seien, statt der provisorischen, die endgiltigen Delegiertenkarten in Empfang zu nehmen.

Es sind wiederum zahlreiche Glückwunschschreiben und Telegramme eingelaufen, so vom russischen Arbeiterbund in Odessa und aus vielen anderen russischen Städten, aus Frankreich von einem Kongreß 20 000 organisierter Landarbeiter in Narbonne, aus Sankt Gallen in der Schweiz, aus Frankreich, England, Ungarn, aus Sidney (Australien), aus Norwegen, aus Japan, aus Havanna vom sozialistischen Klub in Kuba, aus Mailand von der Redaktion der „Avanguardia Sozialista“, die die Annahme einer Resolution fordert, welche es den als Sozialisten verkleideten Konservativen verbietet, weiterhin die proletarischen Interessen zu schädigen, usw. Die Anführung verschiedener Depeschen, insbesondere einer aus Südafrika, wird mit lebhaftem Beifall begleitet.

Zur Geschäftsordnung verlangt Michael Berg als Delegierter des jüdischen Arbeiterbundes eine besondere Stimme auf dem Kongreß und Sitz im internationalen Bureau neben der russisch-sozialdemokratischen Partei und der russisch-revolutionären Partei. Der Bund, die älteste proletarische Organisation Rußlands, stehe mit seinen 30 000 festen Mitgliedern im Vordergrunde des Kampfes gegen den Zarismus. Nicht als besondere Nation, sondern als starke proletarische Organisation beanspruche der Bund eine entsprechende Vertretung auf dem Kongreß.

Der Vorsitzende van Kol bittet, es bei dem wohlerwogenen ablehnenden Beschluß des Bureaus zu belassen. Der Kongreß stimmt ihm durch Zuruf bei.

Danach tritt der Kongreß in die Tagesordnung ein.

Sozialpolitik und Arbeiterversicherung. Referent ist Molkenbuhr-Berlin. Mit dem Hinweis auf einige sinnstörende Fehler in der französischen und englischen Uebertragung seines schriftlichen Referats begründet er die Notwendigkeit, nicht nur auf die in der Kommission gegen die von der deutschen Partei vorgelegte Resolutionen geltend gemachten Einwände, sondern auch auf den Gedankengang seines gedruckt vorliegenden Referats einzugehen. Schon auf dem Pariser Kongreß habe ich, so führt der Referent aus, betont, daß der Minimallohn dem Arbeiter nur dann nützen kann, wenn er Arbeit hat. Aber nicht nur in diesem Falle, sondern als Mensch hat er ein Recht auf Existenz. Der bürgerlichen Gesellschaft fehlt freilich das Mittel zur Durchführung dieser Forderung. Sie hat nur das Strafgesetz gegen die Bettelei, bedroht den Armen mit dem Armenhaus. Zur Verwirklichung dieses Rechts auf Existenz ist einst das Recht auf Arbeit so eifrig propagiert worden, wie jetzt das Recht auf einen Minimallohn; aber beide Vorschläge sind utopistisch, niemand hat einen praktischen Weg zu ihrer Verwirklichung gezeigt, obwohl z. B. die Minimallohnforderung sich auch im deutschen Arbeiterschutzgesetzentwurf von 1884 findet. Ueberall hat man den Raubbau als schädlich erkannt und bekämpft, Gesetze zum Schutze der Wälder und selbst internationale Bestimmungen über den Schutz der Fische gemacht, aber gegen den Raubbau mit der Arbeitskraft tut man nichts, oder hat doch mit seiner Bekämpfung erst einen minimalen Anfang gemacht. Die bürgerliche Gesellschaft hat ja kein Interesse daran, auch auf diesem Gebiete rationell vorzugehen; denn nur die Arbeiter haben den Schaden des Raubbaues zu tragen. Wir aber müssen verlangen, daß alle ihren Anteil an den Unfall-, Krankheits-, Invaliditäts- usw. Schäden tragen, daß auch den Unternehmern ein Teil der Kosten auferlegt wird, weil sie nur dadurch einen Ansporn erhalten, diese Uebelstände zu bekämpfen. So lange die Bekämpfung eines Uebels die Kapitalisten Geld kostet, das Uebel selbst aber nichts, werden sie zu seiner Bekämpfung nie die Hand bieten. So mangelhaft nun z. B. die deutsche Arbeiterversicherung ist, so hat sie doch das eine gezeigt, daß auf dem Schlachtfeld der Arbeit Opfer in einem ungeahnten Umfange gebracht werden. In Deutschland allein werden für das Jahr 1902 488 000 Unfälle, davon 7975 tötliche, gemeldet. Rechnet man dazu die nicht versicherungspflichtigen Unfälle im Handels-, Gast- und Schankwirtsgewerbe, die der Dienstboten, der Lehrlinge und der Gesellen im Handwerk, die auf dem Wege zur Arbeit und die, welche man nach famosem Rezepte als „Berufskrankheiten“ bezeichnet, so kommt man für Deutschland wahrscheinlich auf dreivieriel Millionen Unfälle und 10 000 Tote im Jahr. So blutig ist das blutigste Schlachtfeld im Kriege nicht! Die deutsche Arbeiterversicherung hat den Weg zur Bekämpfung des Uebels gezeigt, nachgewiesen, daß es möglich ist, die Arbeiter völlig schadlos zu halten, ohne die Industrie zu Grunde zu richten. Besteht eine derartige Versicherung, dann lernt man erst die Ursachen der Uebel genau kennen und erhält damit den Ansporn, sie zu verhüten. Dem Arbeiter muß mindestens das Existenzminimum garantiert und die Heilmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Gesellschaft hat ein Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft. Die ersten Anregungen zur Einführung eines Arbeiterschutzes sind charakteristischer Weise in einigen Militärstaaten zuerst von den Militärbehörden ergangen. So in Deutschland die ersten Kinderschutzvorschriften, als die Militärbehörde über die Zahl der Untauglichen klagte. In der Kommission wurde vorgeschlagen, die Kosten der Arbeiterversicherung ganz aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Wir Deutschen konnten uns nicht damit einverstanden erklären. Zunächst werden hier zwei Forderungen mit einander verknüpft: die Einführung der Arbeiterversicherung und die Aufbringung der Kosten aus öffentlichen Mitteln. Zwei Forderungen auf einmal durchzusetzen ist aber viel schwieriger, als eine einzelne. Die zweite Gefahr liegt darin, daß die populäre Forderung der Arbeiterversicherung als Vorspann für unpopuläre Gesetze benutzt wird. So hat Bismarck die Invalidenversicherung für den Versuch, das Tabakmonopol durchzudrücken, gebraucht, und die kaiserliche Botschaft, die in den Reklameschriften über die deutsche Arbeiterversicherung eine so große Rolle spielt, diente diesem Zwecke. Bei dem Zolltarif folgte das Zentrum Bismarcks Spuren und suchte durch die Witwen- und Weisenversicherung den Zolltarif populär zu machen. In der Kommission wurde weiter die Frage erörtert, ob man auf dem Wege der Privatversicherung zu dem erstrebten Ziele gelangen könnte. Gewiß haben die englischen Gewerkschaften auf diesem Gebiete Erhebliches geleistet. Aber es läßt sich nicht rechtfertigen, daß die Arbeiter die materiellen Lasten für die Versicherung allein tragen sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb ist eine öffentlich-rechtliche Versicherung vorzuziehen. Die deutschen Fabrikanten klagen über die große Belastung der deutschen Industrie durch ihre Beiträge zur Arbeiterversicherung im Gegensatz zu den Industrien anderer Länder. Daß diese Last nicht drückt, zeigt der beispiellose industrielle Aufschwung Deutschlands seit 1884. Zwar sind die Summen für die Arbeiterversicherung scheinbar sehr groß; so sind im Jahre 1902 451 Millionen Mark in Deutschland für die Arbeiterversicherung aufgebracht worden. Auf den einzelnen aber fällt nur ein minimaler Betrag. So machen die 800 000 Mark, die das Kruppsche Werk gezahlt hat, nur 2,7 Prozent der Lohnsumme aus. Nicht trotz, sondern wegen der Arbeiterversicherung hat Deutschland einen Vorsprung auf dem Weltmarkt, denn sie erhält den Arbeiter länger leistungsfähig. Neben der Kranken- und Unfallversicherung war auch gleichzeitig die Arbeitslosenversicherung mit aufzunehmen. Die kapitalistische Gesellschaft sucht die Armee der Arbeitslosen sich zu erhalten. Sie wirken als Lohndrücker und kosten nichts. Aber die Arbeitslosen gehen körperlich und geistig zu grunde. Da erst recht muß die Gesellschaft zu ihrer Erhaltung herangezogen werden. Die Arbeitslosigkeit muß den Kapitalisten Geld kosten, erst dann werden sie auf Mittel und Wege sinnen, die Arbeitslosigkeit herabzumindern. Das aber kann geschehen durch eine vernünftige Regelung der Arbeitszeit. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter die Selbstverwaltung der Versicherungskassen haben müssen. Sie schaffen ja in letzter Reihe alle die Werte, aus denen die Beiträge auch der Kapitalisten fließen. Der Präsident Boedicker hat auf dem internationalen Arbeiterschutzkongreß gesagt, daß die Unternehmerbeiträge zu den Versicherungskosten nichts anderes als ein feststehender Teil des Arbeitslohnes sind. Da nun aber der Arbeitslohn unzweifelhaft den Arbeitern gehört, haben diese allein das Recht zur Verwaltung der Versicherungsfonds. Anders liegt es bei der Alters- und bei der Witwen- und Weisenversicherung. Hier sollen die Mittel durch Zuschläge auf die direkten Steuern auf Vermögen und Einkommen aufgebracht werden, und hier kann die Bureaukratie auch die Verwaltung stellen. Schließlich müssen wir eine einheitliche Arbeiterversicherung fordern. Die Teilung in drei Zweige ist ein großer Fehler der deutschen Versicherungsgesetzgebung gewesen, die Teile greifen ineinander über. Erheben die Arbeiter aller Länder die gleichen Forderungen inbezug auf die Arbeiterversicherung, so ist den deutschen Kapitalisten auch die Ursache zum Schreien genommen. Die Arbeiter aller Länder haben ein Interesse daran, die Versicherungsgesetzgebung ihres Staates vorwärts zu drängen, damit der Anfang zu einer rationellen Bekämpfung der Krankheiten, der Arbeitslosigkeit und der Unfälle gemacht wird. Werden diese Forderungen verwirklicht, so sind wir dem Ziele, jedem Menschen ein Recht auf das Existenzminimum zu sichern, einen Schritt näher gerückt. Und die Sicherung der Existenz für jeden Menschen ist der ideale Grundgedanke, der die Arbeiterbewegung bietet. Erheben Sie diese Forderungen so energisch wie möglich, damit ihre Erfüllung Ihnen nicht länger verweigert werden kann. (Lebh. Beifall.)

Auf eine Beschwerde der kanadischen, südafrikanischen und australischen Delegierten stellt das Bureau fest, daß De Leon-Amerika nicht das Recht hat, die Nationalitätenstimmen für Australien zu beanspruchen.

Ferner teilt das internationale Bureau mit, daß außer der deutschen Resolution Molkenbuhr noch eine zweite Resolution hierzu eingegangen ist, gezeichnet von Nicholas Klein. Zu ihrer Begründung soll Hellquit das Wort erhalten. Die Resolution lautet:

> Die Sozialisten aller Länder treten jederzeit für die staatliche Versicherung des arbeitenden Volkes gegen Unfälle, Arbeitslosigkeit und Invalidität ein, und wollen jedes Mittel, das in ihrer Macht steht, anwenden, um zu diesem Ziel zu gelangen.

Dann tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Hellquit-Newyork begründet die amerikanische Resolution und erhebt einige Einwendungen gegen die einleitenden Sätze der deutschen Resolution. Der Mensch hat kein angeborenes Recht auf Existenz, das ist ein Ueberbleibsel der enzyklopädistischen-idealistischen Philosophie. Nur auf Grund ihrer Machtstellung kann die Arbeiterklasse eine Verbesserung ihrer Lage fordern und erzwingen. Auch spricht die Resolution von einem Interesse der Gesellschaft. Unter dem „Interesse der Gesellschaft“ aber wird im Allgemeinen das „Interesse der herrschenden Klasse“ verstanden. Zur Zeit einer Krisis hat aber diese Gesellschaft gar kein Interesse daran, die Arbeitskraft zu erhalten, ihr liegt vielmehr daran, einen Teil dieser Arbeitskraft zu beseitigen. Wir sind nicht berufen, allgemein Sätze für die Gesellschaft zu proklamieren. Diese Sätze sind so allgemein, daß sie jeder Philanthrop, jeder Verein gegen Tierquälerei akzeptieren könnte. Wir sind als Arbeitervertreter hier und müssen die Arbeiterklasse auffordern, für ihre Rechte zu kämpfen. Redner schlägt vor, den zweiten Satz der Molkenbuhr'schen Resolution: „in fernerer Erwägung, daß jeder Mensch ein Recht auf Existenz“, zu ersetzen durch folgenden Satz: „in fernerer Erwägung, daß die sozialistische Partei als Partei der Arbeiter überall für die physische und intellektuelle Wohlfahrt der Arbeiterklasse eintritt, erklärt der Kongreß, daß Einrichtungen geschaffen werden müssen, die die Not der Arbeiter mildern und die Gefahren der Arbeit beseitigen sollen“.

Vliegen-Holland: Die Ausführungen Molkenbuhrs haben den Eindruck gemacht, als wenn die Grundlagen der deutschen Versicherung gut wären. In anderen Ländern und auch in Holland empfehlen uns die bürgerlichen Parteien die deutsche Versicherungsgesetzgebung, nach deren Einführung wir zu frieden gestellt sein müßten. Wir Sozialisten haben immer dagegen Front gemacht. Auch der internationale Kongreß muß deutlich ausdrücken, daß die deutsche Versicherungsgesetzgebung nicht dasjenige ist, was die internationale Arbeiterschaft haben will. Auf keinem Gebiet ist soviel Gelegenheit zu Scheinreformen gegeben, wie auf dem der Arbeiterversicherung. Der Neunstundentag ist wertvoller als die ganze Arbeiterversicherung. Die reaktionärste deutsche Regierung hat die Arbeiterversicherung geschaffen, aber den Arbeitstag nicht verkürzt. Auf unser Betreiben ist in die Resolution die Forderung aufgenommen, daß die Kosten der Alters- Invaliditäts- und Waisenversicherung durch Zuschläge zu den direkten Steuern auf das Einkommen und Vermögen aufzubringen sind. Es ist richtig, daß die bürgerlichen Regierungen die Einführung von Arbeiterversicherungsgesetzen als Vorspann für unpopuläre Gesetze benutzen. So hat der Holländische Premierminister Dr. Kuyper, ein Bismarck in Taschenformat, mit der Einführung der Versicherung die Verdoppelung der Einfuhrzölle verbunden. Aber gegen solchen Betrug kann man sich wehren. Es ist doch praktischer, die Kosten der Versicherung durch Besteuerung des von der Kapitalistenklasse bereits zusammengerafften Mehrwertes zu decken, als durch die Beiträge der Arbeiter. Im Uebrigen ist Redner mit der Resolution Molkenbuhrs einverstanden.

Paul Louis (Guesdist) erklärt sich namens seiner Partei mit der Resolution einverstanden, an der nur auszusetzen ist, daß sie nicht klar genug ausspricht, wie die Arbeiterversicherung gespeist werden soll. Die französischen Sozialisten, denen demnächst im Parlament das Projekt einer Altersversicherung vorgelegt werden wird, behalten sich vor, die Forderung der Resolution nur als ein Minimum zu betrachten, worüber sie auch hinausgehen können.

Wurm-Deutschland verteidigt als Mitglied der Kom-

mission die von ihr einstimmig angenommene Resolution gegen die Kritik von Hellquit. Dieser habe die Kommission als eine kleinbürgerliche, sozialreformerische Gesellschaft hingestellt. Er ist aber sehr im Irrtum. Ein Recht auf Existenz hat nach unserer sozialistischen Auffassung jeder Mensch. Diese Forderung stellen wir im Gegensatz zu der kapitalistischen Gesellschaft auf. Verwirklichen wird dieses Recht die sozialistische Gesellschaft. Die Sätze, die Hellquit vorschlägt, sind ebenso allgemein, wie die unserer Resolution. Ein vielgestaltiger Kongreß kann nur allgemeine Regeln geben. Wir gehen in der Resolution den prinzipiellen Weg, in dem wir sagen: Der Schutz des Arbeiters gegen die Unbilden, die er bei der Arbeit erleidet, kann nicht von ihm allein getragen werden, indem er sich gewerkschaftlich oder kooperativ verbindet. Dazu muß die Gesetzgebung, muß der Staat angerufen werden. Das ist das Wesentliche. Zum erstenmale wird ein internationaler Arbeiterkongreß die staatliche Gesetzgebung für die Arbeiterversicherung anrufen. Wir stimmen kein Loblied auf die deutsche Versicherungsgesetzgebung an, im Gegenteil, wir kritisieren sie mit unerbittlicher Schärfe, als eine andere Form der Armengesetzgebung. Aber wie sie auch sein mag, geschaffen ist sie, weil eine starke sozialdemokratische Partei sie im Klassenkampfe erobert hat. (Lebhafter Beifall.)

Sexton (Independent Labor party) beantragt, im vorletzten Absatz der Kommissionsresolution den Satz, der mit den Worten beginnt: „Wo das nicht geschieht" zu streichen. Das englische Haftpflichtgesetz legt dem Unternehmer die volle Entschädigungspflicht auf. Unter keinen Umständen dürfe die Beitragslast den Arbeitern auferlegt werden.

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution der Kommission wird mit großer Mehrheit angenommen unter Ablehnung aller Abänderungsanträge. Der Antrag Sexton wird von 23 Nationenstimmen gegen 6 abgelehnt (England 2, Argentinien 2, Nordamerika 1, Frankreich 1 Stimme.)

Der Kongreß tritt nun in die Beratung der gestern mitgeteilten englischen Resolution über **Indien** ein. Namens der englischen Delegation begründet sie **Hobson** (Fabian Society): Wir bezwecken durch unseren Antrag den Protest des indischen Delegierten zu unterstützen und zu zeigen, daß nicht ganz England diese Ausplünderung Indiens billigt, sondern daß ein Teil mit allem Nachdruck gegen das englische Schandregiment in Indien protestiert. Blickt man auf die Einkünfte, die der englische Staat und die Kapitalistenklasse aus Indien zieht, so müsse Indien den Anschein eines der reichsten und glücklichsten Länder der Welt erwecken. Aber die Millionen und aber Millionen, die nach England strömen, sind die Frucht einer beispiellosen Bedrückung und Aussaugung des indischen Volkes. Dagegen müssen die Arbeiter aller Länder den schärfsten Protest erheben. (Lebh. Beifall.)

Vorsitzender **van Kol** bittet den Kongreß, mit religiöser Aufmerksamkeit den Ausführungen des indischen Delegierten zu folgen, eines Greises von 80 Jahren, der 55 Jahre seines Lebens dem Kampf für die Freiheit und das Glück seines Volkes geopfert hat. Er ist hierher gekommen, um die Interessen von 200 Millionen Menschen zu vertreten, aus einem Lande, das ein Paradies auf Erden sein könnte, wenn nicht die Geldgier der weißen Rasse es zu einem Tal des Jammers und Elends für die große Mehrheit der Bevölkerung verwandelt hätte. Zum Ausdruck des Mitgefühls für die Leiden des indischen Volkes erheben sich die Delegierten von ihren Plätzen.

Von stürmischen, minutenlangen Bravorufen und Händeklatschen begrüßt, erhält das Wort

Dadabhai Navroji: Der Vorwurf der Ausbeutung gegen England ist durch Tatsachen zu beweisen. England hat wenig Opfer an Blut für Indien gebracht; die unglücklichen indischen Völker haben die Blutsteuer, die ihre Unterjochung erforderte, selber bringen müssen. Von den 200 Millionen Rupien, die Indien jährlich an Steuern aufbringt, werden 100 Millionen an Pensionen für englische Beamte, die in Indien waren, gezahlt, und dies Geld wird außerhalb des Landes verzehrt. In den Händen von Engländern befinden sich die Minen und die reichen natürlichen Schätze des Landes. 200 Millionen Rupien jährlich ziehen englische Kapitalisten und Händler aus Indien heraus, die dem Lande verloren gehen. Die Folge ist, daß die Quellen des Reichtums versiegen. Von den 300 Millionen Indiern ist nach amtlichem Zugeständnis eine Million nicht in der Lage, sich täglich satt essen zu können. Infolgedessen wüten Pest und Cholera. Die englische Regierung hat den Indiern wiederholt Linderung ihrer Leiden versprochen, aber es ist beim Versprechen geblieben. Die Gleichberechtigung bleibt ihnen versagt. So wie es schimpflich ist, wenn ein Stärkerer einen Schwächeren überfällt, so bleibt es auch schimpflich, wenn eine stärkere Nation über eine schwächere herfällt und sie aussaugt. Diesem System der Barbarei und Raubpolitik muß ein Ende gemacht werden durch Gewährung der Selbstverwaltung, wie sie jede andere englische Kolonie besitzt. Redner ist hierhergekommen, um die Sympathie und Unterstützung des internationalen Proletariats für die unterdrückten Indier anzurufen. Es kann für die Befreiung der indischen Rasse nicht weniger tun, als für die Sklavenbefreiung. Indien hat eine tausendjährige Kultur, um so härter empfindet es die Schmach und das Leid seiner Sklaverei. Wem die Sache der Menschheit und des Fortschritts am Herzen liegt, muß die Sache Indiens zu der seinen machen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Resolution wird hierauf ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Van Kol fügt hinzu: Ich konstatiere, daß der Kongreß zu Amsterdam der englischen Kolonialpolitik in Indien das Brandmal unauslöschlicher Schande aufgedrückt hat. (Stürm. Beifall.)

Nächster Punkt der Tagesordnung sind die **Trusts**. Berichterstatter ist **Wibaut**-Belgien. Er begründet seine Resolution, die aber auf Antrag Herbert Burrows von einer Kommission umgearbeitet werden soll und erst morgen zur Abstimmung kommt.

Schluß 6 Uhr.

Rußland und Japan.

Die **Stunde Port Arthurs** scheint geschlagen zu haben. Aus Tokio wird englischen Blättern gemeldet: „Die **Japaner** trieben die Russen Mittwoch nachts mit **Sturmangriff auf die inneren Nordostforts zurück.** Die japanischen Batterien bestreichen jetzt die Stadt und den Hafen. Die **Stadt brennt an mehreren Stellen.** Marschall Oyama unterbrach das Bombardement Mittwochmorgen, um eine Antwort auf seine Aufforderung zur Uebergabe von Port Arthur abzuwarten." Nach einer anderen Meldung aus Tschifu fuhren die Japaner in die Taubenbucht ein und rückten von Palingtsching aus zwei Meilen nördlich von Port Arthur gegen die Festung vor. In der Nacht zum Mittwoch wurde Port Arthur von der Taubenbucht her bombardiert. Aus **Mukden**, vom 17. August, berichtet das russ. Telegr.-Bureau: „**92 Bürger aus Port Arthur** sind mit Familie hier **eingetroffen.** Die Japaner erklärten, das sei der **letzte Schub**, dem sie gestattet hätten, die belagerte Stadt zu verlassen, **weitere Schiffe mit Flüchtlingen würden in den Grund gebohrt** werden. Ein derartiges Schiff wurde genommen, der Masten und Segel beraubt und so auf hohem Meere sich selbst überlassen. Das Verhalten der Garnison ist bewundernswert, die Bürger treten in die Reihen der Truppen ein." Als völlig unzutreffend wurde von unterrichteter Stelle dem „Berl. Lok.-Anz." die gestern mitgeteilte Meldung aus Tschifu bezeichnet, wonach der Kommandant der japanischen Flotte den Russen in Port Arthur mitgeteilt haben soll, die Stadt würde bei der Rückkehr der russischen Kriegsschiffe mit Lyddit-granaten beschossen werden. Diese Meldung entbehre schon deshalb jeder Unterlage, weil weder die japanische Armee noch die Flotte derartige Granaten führe.

Der „Daily Expreß" meldet aus Tschifu unterm 16. d. M., daß der **neue Ausfall der russischen Flotte** am Dienstag wieder durch die außerordentliche Heftigkeit des japanischen Artilleriefeuers von den eroberten Stellungen rund um Port Arthur aus veranlaßt worden sei. Die russischen Schiffe waren zur Schlacht vorbereitet; da aber ihre Ausfahrt sofort bemerkt wurde und sie fürchten mußten, daß sie zu weit vom Hafen weggelockt werden würden, traten sie den Rückzug an und kehrten abends auf ihre Ankerplätze zurück. In welchem Zustande dies erfolgte, darüber fehlen allerdings noch die Angaben. Der russische Kreuzer „**Nowik**" hat, nachdem er in Tsingtau gekohlt, wie man vermutet, den Weg nach Wladiwostok eingeschlagen. Er passierte die südlich der japanischen Insel Kiuschin gelegene Van Diemens-Straße, beabsichtigt also wohl, durch die Tsugaru-Straße oder durch die weiter nördlich gelegene La Pérouse-Straße sich in das Japanische Meer zu begeben. Die Aussicht, Wladiwostok wirklich zu erreichen, ist indessen für das Schiff sehr gering, da Admiral Kamimura selbstverständlich sämtliche Einfahrten in das Japanische Meer scharf bewachen läßt.

Nach einer Depesche der „Central News" ist der in den letzten Kämpfen mit dem Geschwader des Admirals Kamimuro schwer beschädigte **russische Kreuzer „Rossija" auf der Fahrt nach Wladiwostok untergegangen.** Die „Rossija", über deren Untergang eine anderweitige Bestätigung noch nicht vorliegt, ist der größte Kreuzer, den die Russen besitzen. Seine Artillerie weist Geschütze bis zu 20,3 Zentimeter Kaliber und 35 Kaliber Rohrlänge auf. Die Besatzung beträgt 800 Mann.

Nach einem ergänzenden Bericht des Admirals Togo belaufen sich die **japanischen Verluste in der Seeschlacht vom 10. d. M. bei Round Island auf 225 Mann.**

Einer Mitteilung des russischen Generalstabes der Marine zufolge meldet der Kommandant der Kreuzerabteilung, die sich in Port Arthur befand, **Kontreadmiral Reitzenstein**, daß der **Kreuzer erster Klasse „Askold" infolge von erlittenen Beschädigungen genötigt war, Schanghai anzulaufen, wo er am 13. August eingetroffen ist.** Während des Kampfes wurden auf dem Kreuzer ein **Midshipman und zehn Mann getötet, sowie drei Offiziere und ein Beamter verwundet.** Ferner wurden 15 Mann schwer und 29 Mann leicht verwundet. Der japanische Konsul in Schanghai verlangt, wie hierzu aus Schanhai gedrahtet wird, energisch die **Entwaffnung** der im Hafen befindlichen russischen Schiffe. Der chinesische Präfekt zögert jedoch, einzuschreiten.

Die Siege der Admirale Togo und Kamimura über die russischen Flotten von Port Arthur und Wladiwostok haben, wie das „Bureau Reuter" aus **Tokio** meldet, dort **beispiellosen Jubel hervorgerufen.** Die Straßen wurden beflaggt und illuminiert und die ganze Stadt schallte wieder von Banzai-Rufen. Dabei sind die Japaner nicht nur stolz auf den Erfolg, sondern sie atmen vor allen Dingen auf, weil sie hoffen, daß nunmehr die Belästigungen durch das Wladiwostok-Geschwader ein für alle Mal ihr Ende gefunden haben. Als das russische Geschwader am 23. Juni Port Arthur verließ und vergeblich von Admiral Togo zum Kampf herausgefordert wurde, war es an Schlachtschiffen und Kreuzern der japanischen Flotte überlegen. Da Togo dies erkannt hatte, mußte er die Flotte Kamimuras dadurch schwächen, daß er dessen beste Schiffe an sich heranzog. Dadurch wurde Kamimura unfähig, dem Geschwader von Wladiwostok in geeigneter Weise entgegenzutreten, und es spricht sehr für den Admiral, daß er trotz der Entrüstung des japanischen Volkes über seine scheinbare Unfähigkeit verschwieg, daß seine Flotte zu der vor Port Arthur liegenden Flotte detachiert war. In Japan machten die Streifzüge des Wladiwostok-Geschwaders aber einen bedeutend tieferen Eindruck, als man sich anmerken ließ. Sie waren für Japan außerordentlich kostspielig und deshalb jubelt man auf, da dem verhaßten Wladiwostok-Geschwader sein gefährliches Handwerk gelegt ist.

Auf dem Kriegsschauplatze in der Mandschurei sind, wie Kuropatkin an den Zaren meldete, „**keine besonderen Veränderungen eingetreten. Es regnet fortgesetzt.** Ueberall machen sich Chunchusen bemerkbar. Wie gemeldet wird, erbauten die Japaner zwischen Föngwangtscheng und Liaoschangnan eine schmalspurige Eisenbahn, auf der die Waggons von Menschen gezogen werden."

Zur **Retschitelni-Affäre** wird den „Times" aus Peking gedrahtet, daß der dortige **russische Gesandte Lessar** an China das Verlangen stellte, die chinesische Regierung solle sich unverzüglich wieder in den Besitz des von den Japanern entführten „Retschitelni" setzen und den **Hafenadmiral von Tschifu degradieren.** Die Chinesen hoffen jedoch immer noch, daß Japan den „Retschitelni" freiwillig wieder unter chinesische Obhut stellen wird. Die Meldung, daß Frankreich und Deutschland das Ansinnen Rußlands unterstützen, ist unbegründet. Diesem letzten Satze widerspricht jedoch ein Pariser Drahtung, wonach der französische Minister des Aeußern Delcassé in Tokio die russische Protestnote wegen der Retschitelni-Angelegenheit hat überreichen lassen. Jedoch heißt es am Schlusse dieser Drahtung ausdrücklich, man habe allen Grund zu der Annahme, daß der Streitfall ohne Schwierigkeiten diplomatisch gelöst werden werde.

Der deutsche Gouverneur von Kiautschou, **Truppel**, meldet aus Tsingtau: Der japanische Torpedobootszerstörer „**Akazuschi**" lief am 16. morgens 10 Uhr hier ein. Der an Bord befindliche Flaggleutnant, **Admiral Dewa**, ist davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die **russischen Kriegsschiffe gestern desarmiert** worden sind. Er ging 12 Uhr mittags wieder in See. Die japanischen Kriegsschiffe unter Admiral Dewa kamen um 2 Uhr nachmittags auf hoher See aus Sicht. — Dadurch wird die gestrige **private** Londoner Meldung bestätigt, nur mit dem Unterschied, daß in der amtlichen deutschen Meldung der japanische Admiral Dewa heißt, während er gestern Jkadzuki genannt wurde. Offenbar handelt es sich um eine Verstümmelung des Namens des japanischen Torpedobootszerstörers, auf dem Dewa fuhr, bei der telegraphischen Uebermittelung der Nachricht.

Neue Belästigungen neutraler Schiffe durch die Russen werden aus dem Mittelmeer und dem Roten Meer gemeldet. Beide Male sind **englische Schiffe** von der Maßregel betroffen worden, und in dem einen Fall wurde sogar ein scharfer Schuß auf den britischen Dampfer abgegeben. Nach einer Lloyd-Meldung aus Ajaccio berichtet der **englische Kohlendampfer „Scotian"**, daß er am 12. westlich der Straße von Gibraltar **durch den russischen „Ural"**, den früheren Dampfer des Norddeutschen Lloyd, „Kaiserin Maria Theresia", angehalten wurde. Er erhielt die Erlaubnis zur Weiterfahrt. Der Kommandant des „Ural" teilte ihm mit, daß er nach mehr als 200 Dampfern suche, welche Kriegskonterbande zur Verschiffung in spanischen und italienischen Häfen an Bord hätten. Ferner hielt, in Widerspruch mit den Zusicherungen der russischen Regierung, im Roten Meer der Kreuzer „Petersburg" von der Freiwilligen-Flotte den englischen Dampfer „**Bengali**" aus Liverpool an. — Diese neuen frechen Uebergriffe werden die kaum entschlummerte Erregung zweifellos von neuem wecken. Aber noch mehr wird diese angefacht werden durch die Behandlung, die, wie sich jetzt herausstellt, den Postsäcken des Dampfers „Prinz Heinrich" zu teil geworden ist. Als nämlich die Postsäcke in Nagasaki im Beisein des deutschen, des englischen und des französischen Konsuls geöffnet wurden, wurde, nach einer Reutermeldung, **das Fehlen einer großen Anzahl eingeschriebener und gewöhnlicher Briefe konstatiert.** Die Konsuln bereiten eine **energische Beschwerde** vor.

Die Gesandtschaft der argentinischen Republik in Paris erklärt das **Gerücht** für durchaus **unrichtig**, daß **Argentinien** seit Beginn der Feindseligkeiten **an einen der kriegführenden Kriegsschiffe verkauft** habe, oder daß es daran denke, dies gegenwärtig zu tun.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Unter die Scharfmacher gegangen ist das erste rheinische Zentrumsblatt, die „**Kölnische Volkszeitung**". Unser deutsch-österreichischer Parteigenosse **Pernerstorfer**, dem in Frankfurt a. M. verboten wurde, über die österreichische Sozialdemokratie zu reden, hat bekanntlich angekündigt, daß er nun auf der Rückreise von Amsterdam in Offenbach reden werde. Er hofft, bei der hessischen Regierung mehr Gastfreundschaft zu finden, als bei der preußischen. Wenn nun die „Kreuzzeitung" aus diesem Anlaß den Verstand verliert und in den Wahnsinnsausbruch verfällt: „Wir werden sehen, ob sich die großherzoglich hessische Behörde eine so freche Verhöhnung der staatlichen Autorität ruhig wird gefallen lassen", so ist dabei nicht viel Auffälliges. Die „Kreuzzeitung" hat ein wohlerworbenes Recht auf derartige Schimpfergüsse. Ein Anderes aber ist es, wenn auch die Zentrumspresse, die unter der Parole „für Freiheit und Recht" ficht, für die Mundtotmachung eines Sozialdemokraten deutscher Zunge auf deutschem Boden eintritt. Das geschieht in der „Kölnischen Volkszeitung", in der wir folgendes lesen: „Wir hätten nichts dagegen gehabt, wenn man ihn (Pernerstorffer) in Frankfurt hätte reden lassen, aber nach seinem „offenen Briefe" **hat man wirklich keinen Anlaß, ihn die Rede in Offenbach halten zu lassen.** Da hat zwar die preußische Polizei nichts zu sagen, aber die **hessische**. Wenn unsere Genossen so entrüstet tun, so sollen sie doch einmal versuchen, in wie vielen anderen Staaten ihnen eine Herausforderung des obersten Beamten, wie P. sie sich gestattet hat, ungestraft hingeht." — Pfui Teufel, über eine solche „Volks"partei.

So 'was, kommt von so 'was. Die **Pumpen- und Maschinenfabrik Richard Langensiepen in Magdeburg-Buckau verlegt** infolge der mangelhaften Zollherabsetzungen im neuen deutsch-russischen Handelsvertrag **ihre Fabrik nach Petersburg**; sämtlichen Beamten wurde, der „Frankf. Ztg." zufolge, bereits zum 1. Oktober gekündigt. — Das hat nun Bülow von seinem Techtelmechtel mit den Agrariern: **er treibt die Industrie aus dem Lande!**

Trotz der blamablen Enthüllungen des Russenprozesses setzt die Kaiserlich deutsche Post ihre Tätigkeit zugunsten des Russenkurses fort. Die Expedition unseres Königsberger Parteiblattes erhielt vorige Woche ein gewöhnliches Postpaket von einem Privatmann aus Berlin. Das Paket war bei der Auslieferung in Königsberg **an einer Seite so weit aufgerissen**, daß man erkennen konnte, daß der Inhalt aus russischen Druckschriften bestand. Sammelt man vielleicht wieder Material? Will man einen „geheimen Bund" zwischen dem Berliner Absender und unserem Königsberger Expedienten entdecken? Es ist wahrlich weit gekommen in deutschen Landen, wenn man zur Post nicht einmal mehr das Vertrauen haben kann, daß sie die ihr übergebenen Sendungen einfach befördert, ohne daß weiteres damit vorgenommen wird! Hoffentlich geht man nicht

auch noch dazu über, Briefe zu öffnen. Sonst hätten wir ganz russische Zustände bei der Post. Wegen des Vorfalls ist natürlich Beschwerde eingelegt.

Klassenjustiz. Wir lesen in der „Berl. Volkszeitung“: „Ein befremdendes Urteil hat das Schöffengericht in Essen an der Ruhr gefällt, indem es den der Beleidigung und Mißhandlung mittels eines gefährlichen Werkzeuges angeklagten und sich schuldig bekennenden Wirt Heinrich Schmücker aus Essen für nicht schuldig erklärte und ihn von Strafe und Kosten freisprach. In der Begründung dieses Urteils heißt es wörtlich: „Der Kellner Otto Düvel war vom 22. März 1904 ab bei dem Angeklagten beschäftigt. Am 2. April 1904 (Karfreitag) bat Düvel den Angeklagten um seine Entlassung, weil er wegen Schmerzen in seiner linken Hand, an welcher er eine Schußverletzung hatte, nicht arbeiten könne. Der Angeklagte glaubte nun, wie er versichert, daß Düvel ihn lediglich an den Osterfeiertagen im Stich lassen wolle und nannte ihn deshalb „Lump!“ Am Nachmittag desselben Tages kam Düvel in Abwesenheit des Angeklagten wieder und stellte dessen Ehefrau wegen dieses Ausdrucks zur Rede. Die Ehefrau des Angeklagten forderte den Düvel auf, wiederzukommen, wenn ihr Ehemann anwesend sei. Düvel kam auch etwa zwei Stunden später wieder in die Schmückersche Wirtschaft und verlangte vom Angeklagten einen Krankenschein. Der Angeklagte forderte aber den Düvel auf, sofort seine Wirtschaft zu verlassen und schlug, während Düvel sich anschickte, hinauszugehen, mit einem dicken Gummischlauch den Düvel mehrfach über Kopf und Schulter. Auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme ist zwar tatsächlich festgestellt, daß der Angeklagte zu Essen am 2. April 1904 durch zwei selbständige Handlungen den Kellner Otto Düvel erstens beleidigt, zweitens vorsätzlich und mittels eines gefährlichen Werkzeuges körperlich mißhandelt hat. Das Gericht war aber der Ansicht, daß der Angeklagte dazu berechtigt gewesen sei (!), hat den Angeklagten deshalb von der Anschuldigung aus §§ 185, 223, 223 a R.-St.-G.-B. freigesprochen und gemäß §§ 497, 499 Str.-P.-O. die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.“ — Und angesichts solcher Urteile will man es uns Sozialdemokraten noch verargen, wenn wir von Klassenjustiz reden!

Ein neues Gefecht in Südwest-Afrika. Bei der Verfolgung der nach Osten abziehenden Herero ist es abermals zu einem blutigen Gefecht gekommen. Das aus Hamakari datierte Telegramm Trothas lautet: „Der Feind ist nach dem Gefecht am 11. August in voller panikartiger Flucht unter Zurücklassung von sehr viel Vieh, Habseligkeiten und zahlreichen Leichen hauptsächlich in östlicher Richtung zurückgegangen. Ich verfolgte starke feindliche Kräfte mit den vereinigten Abteilungen Deimling und Mühlenfels mit Gewaltmarsch bis in die Gegend von Omutjatjewe, wo gänzlicher Mangel an Weide und Wasser und die Trennung des Feindes die **Einstellung der Verfolgung** bedingte. Zahlreiches Vieh wurde erbeutet. Estorff verfolgte, von Norden her den Feind umfassend, und schlug heute, am 15. August, die Hererobanden, die nach Omuramba abwärts zogen. Der Feind hatte große Verluste. Diesseits sind tot 5 Mann, verwundet Oberleutnant Bischoff und Leutnant v. Meien und 5 Mann.“ Der Ort Omutjatjewe, wo die Verfolgung der Herero von den Abteilungen Deimling und Mühlenfels eingestellt werden mußte, liegt ungefähr 35 Kilometer südöstlich von Waterberg. Die Herero sind alsdann am Omuramba-Fluß, welcher das Waterberg-Plateau südlich umfließt, entlang gezogen und von der Abteilung Estorff, die östlich von Waterberg stand, angegriffen worden. Ob es Estorff gelungen ist, den weiteren Abzug der Herero nach Osten hin aufzuhalten, geht aus dem Bericht Trothas nicht hervor, aber es ist kaum anzunehmen, und deshalb sind auch alle diese deutschen Siege nur von höchst fraglichem Werte. Ein weiteres Telegramm bestätigt dann noch den bereits gestern von uns nach dem „Lok.-Anz.“ gemeldeten Ueberfall der Patrouille des Leutnants v. Bodenhausen, bei dem Bodenhausen und 8 Mann tot blieben.

Mirbachs Schicksal soll nach einem Berliner Blatte, das früher zu dem Oberhofmeister enge Beziehungen unterhielt, besiegelt sein. Mirbach habe schon früher ein Entlassungsgesuch eingereicht, da ihn die Angriffe der „gewissen Presse“ krank gemacht hätten. Der Kaiser habe sich jedoch mit der Affäre wegen Ueberhäufung mit anderen Geschäften noch nicht befassen können. Sicher aber sei, daß Mirbach noch vor Beginn der Parlamente aus seinem Amte scheiden werde. — Wir nehmen hiervon ohne jede tiefere Regung Notiz. Unseretwegen kann er auch bleiben. Unser Oberhofmeister ist er ja glücklicherweise nicht, und sein System wird auf jeden Fall auch gelten, wenn er weg ist.

Mirbach und Hammerstein. Der Gewährsmann der „Berl. Morgenpost“ hält gegenüber dem Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“ seine Mitteilung, daß das Rundschreiben des Frhrn. v. Mirbach an die Oberpräsidenten vor seiner Versendung dem Minister des Innern vorgelegen habe, in allem Wesentlichen aufrecht und betont noch insbesondere, daß die von Freiherrn von Mirbach im Namen des Kirchenbauvereins und in der Angelegenheit eines Geschenkes zur silbernen Hochzeit des Kaiserpaars vorgenommenen Schritte durchaus mit Wissen und Willen des Frhrn. v. Hammerstein geschehen sind. — Die „Norddeutsche Allgemeine“ wird also ihre Dementierspritze wohl oder übel nochmals in Tätigkeit setzen müssen.

Notstandskonferenzen tagten Dienstag im Kattowitzer und Zabrzer Rathause (Oberschl.). Man erstrebt Frachtermäßigung für Kraut und Kartoffeln. Wegen Tarifherabsetzung für Heu, Kraut und Kartoffeln werden nach der „Kattowitzer Ztg.“ die Oppelner Handelskammer und der Berg- und Hüttenmännische Verein bei der Regierung vorstellig werden.

Protest gegen das Verbot der Ausfuhr von Futtermitteln aus Oesterreich. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge richteten die maßgebenden Firmen des Breslauer Futtermittelhandels sowie der Breslauer Handelskammer an die preußische Regierung eine Petition, in der sie die Regierung zur Protesterhebung gegen das österreichische Ausfuhrverbot für Futtermittel auffordern, weil es den deutsch-österreichischen Handelsvertrag verletze.

Befreiung von geistiger Bevormundung. Eine von über 1000 Personen, auch Frauen, besuchte Maurerversammlung in Breslau faßte nach einem Vortrag des freireligiösen Predigers Tschirn nahezu einstimmig eine Resolution, behufs Befreiung von geistiger Vormundschaft für den Massenübertritt ihrer Familien zur freireligiösen Gemeinde sorgen zu wollen.

Haussuchung bei polnischen Gymnasiasten. Bei den polnischen Gymnasiasten in Gnesen fanden, wie das Gnesener Polenblatt „Lech“ meldet, umfassende Haussuchungen statt. Es wurde jedoch nichts gefunden. Die Ursache der Haussuchungen gibt das Blatt nicht an. — Hoffentlich zeigt sich das deutsche Reich allen Gefahren gewachsen, die ihm etwa aus Gnesener Gymnasiastenkreisen entstehen könnten!

Galizische Lehrer in Preußen. Vor einiger Zeit meldete die „Rawitscher Zeitung“, daß zur Besetzung freigewordener Lehrerstellen in den Ostmarken Lehrer aus Galizien herangezogen werden sollten, daß für die Lehrerstelle in Friedrichsort bei Jutroschin ein solcher bereits übernommen sei und daß die Uebernahme weiterer galizischer Lehrer in Aussicht stände. Diese Notiz klang so unglaublich, daß man sie für ein Produkt der großen Hitze halten konnte, und es wurde ihr auch weiter keine Bedeutung beigemessen. Jetzt wird aber aus Lehrerkreisen berichtet, daß die Nachricht der genannten Zeitung nicht nur auf Tatsachen beruht, daß vielmehr außer im Rawitscher Kreise auch im Ostrower Kreise galizische Lehrer angestellt sind. Nun steht aber das Schulwesen in Oesterreich, namentlich in Galizien, lange nicht auf der Höhe, welche unserm Schulwesen, und sei's auch in Ostelbien, eigen ist. Die Ausbildung der Lehrer kann mithin nicht den Grad erreicht haben, welcher von den preußischen Lehrerbildungsanstalten gegeben und auch gefordert wird. Trotzdem werden diese Lehrer in das preußische Schulwesen übernommen, ja in der Besoldung noch besser gestellt, als die einheimischen Lehrer. So erhielt der im Rawitscher Kreise angestellte galizische Lehrer volles Grundgehalt, definitive Anstellung, trat auch in den Genuß der Ostmarkenzulage, während jeder andere preußische Lehrer erst nach 4—5 Jahren fest angestellt wird und erst den Nachweis durch eine Prüfung erbringen muß. In dieser Zeit bezieht er nur vier Fünftel des Grundgehalts. Auch die Ostmarkenzulage erhält er erst nach fünfjähriger Tätigkeit in den Ostmarken, wenn er sie überhaupt erhält. Daß in dem Rawitscher Falle der aus Galizien „angesiedelte“ Lehrer ein verbummeltes Genie war, daß er mit den erhobenen vierteljährigen Gehaltsbeträgen einen guten Tag lebte und nach 14tägiger Tätigkeit Schule Schule sein ließ, so daß er wieder abgeschoben werden mußte, ändert an der ganzen Angelegenheit nichts, sondern verschlimmert sie eher noch. Im Interesse der ostelbischen Krautjunker und Schlachzizen mag es wohl liegen und sie mögen es als ein erstrebenswertes Ideal betrachten, galizische Schulzustände bei uns einzuführen. Hiergegen muß jedoch auf das allerentschiedenste Front gemacht werden. Die Lehrervereine und Lehrertage werden sich hiermit noch zu beschäftigen haben und wenn auch die maßgebenden Stellen auf diese Stimmen nicht viel geben werden, so muß dieses Treiben doch schonungslos in der Oeffentlichkeit gebrandmarkt werden.

Kleine politische Nachrichten. Wie das „B. T.“ hört, werden die Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz am 25. August in Luzern wieder aufgenommen. — Das Kriegsgericht in Danzig verurteilte den Musketier Hensler vom 152. Infanterie-Regiment wegen wiederholten Waffenmißbrauchs gegen Schutzleute zu zwei Jahren Gefängnis! — Ueber einen französisch-marokkanischen Zwischenfall meldet die „Agence Havas“ aus Oran: 500 Marokkaner griffen am 8. August bei der Furt Fait eine französische Kolonne an. 45 Marokkaner wurden getötet. — Aus Schanghai wird der „Frankf. Zeitung“ gemeldet: Der chinesischen Regierung ist es noch nicht gelungen, den Aufstand in der Provinz Kuangse zu unterdrücken. Kürzlich ist sogar eine 4500 Mann starke Brigade der Regierungstruppen zu den Aufständischen übergegangen. Die Meuterer ermordeten die ihnen verhaßten Offiziere und zwangen die übrigen, mit ihnen zusammen zu den Rebellen überzugehen, wobei sie an Geld und Munition mitnahmen, was sie schleppen konnten.

Rußland.

Antisemitische Exzesse in Russisch-Polen. Die offiziöse „Russische Telegraphen-Agentur“ teilt mit: „In der amerikanischen Presse war behauptet worden, in Ostrowez, Gouvernement Radom, und in Partschew, Gouvernement Sjedlez, seien Judenmassacres vorgekommen; in Ostrowez seien am 13. August 20 Personen getötet, in Partschew am 12. August 100 verwundet worden; die Zahl der in Partschew umgebrachten sei nicht bekannt. Eingezogene Erkundigungen haben nun folgendes ergeben: Am 4. August ereigneten sich in Ostrowez antisemitische Unruhen, die vier Stunden dauerten. Ein Jude wurde schwer verwundet und starb am folgenden Tage; 22 wurden leicht verwundet. Die Unruhen waren dadurch entstanden, daß ein jüdischer Knabe einen strenggläubigen Katholiken geschlagen hatte, was das Gerücht hervorrief, ein Christ sei durch Juden ermordet worden; nun wollten die Arbeiter an den Juden Rache nehmen. Was die Vorgänge in Partschew betrifft, so hatte die Polizei am 5. d. Mts. einen Haufen Juden ohne Gewaltmaßnahmen auseinandergetrieben. Der Grund des Auflaufes war die Absicht der Juden, einen in Ljublin getauften Juden zu verbergen. Bei dem Zusammenstoß mit der Polizei wurden 20 Personen leicht, aber niemand schwer oder tödlich verwundet.“ — Wenn schon von amtlicher russischer Seite so viel zugegeben wird, wie in diesem Bericht, so kann man sicher sein, daß die Krawalle einen sehr bösartigen Charakter getragen haben. Was man von der ganzen offiziösen Darstellung zu halten hat, zeigen die Angaben über die Unruhen in Partschew; dort soll die Polizei „ohne Gewaltmaßnahmen“ eine Ansammlung von Juden auseinandergetrieben haben, und trotzdem wurden dabei nach dem Eingeständnis der Russischen Telegraphen-Agentur 20 Personen verwundet. Und das ohne Anwendung von Gewalt! Die russischen Offiziösen müssen das Lügen noch besser lernen. An Vorbildern fehlt es ihnen ja gerade jetzt nicht; sie brauchen sich nur die Berichterstattung vom Kriegsschauplatze zum Muster zu nehmen.

Massenverhaftungen. Das Bureau „Laffan“ meldet, daß dem „Standard“ aus Odessa unterm 15. August folgende Meldung zuging: Unter zahlreichen als politisch verdächtig während der verflossenen Woche Verhafteten befinden sich etwa 150 Studenten und Studentinnen in jugendlichem Alter von 15 bis 20 Jahren, teilweise noch jünger bis herab zu 12jährigen Schülern. Die jugendlichen Verhafteten gehören sämtlich verschiedenen Gymnasien und Hochschulen an, deren Uniformen sie tragen. Den Eltern und Angehörigen der jungen Leute wird nicht gestattet, sich mit den eingesperrten Kindern in Verbindung zu setzen, bevor das erste Verhör durch den Untersuchungsrichter stattgefunden hat.

Oesterreich-Ungarn.

5000 Mühlenarbeiter ausständig. In Budapest haben Mittwochabend etwa 5000 Mühlenarbeiter die Arbeit eingestellt; sie beschlossen den allgemeinen Ausstand, der heute (Donnerstag) beginnen soll.

Türkei.

Ein neuer Zwischenfall zwischen Amerika und der Pforte. Kaum ist das amerikanische Geschwader aus Smyrna abgedampft, so tauchen bei der Pforte und der amerikanischen Gesandtschaft neue ernsthafte Schwierigkeiten auf. Der amerikanische Gesandte interpretierte die Antwort des Jildiskiosk dahin, daß sämtliche amerikanische Schulen, deren Zahl 381 beträgt, anerkannt worden sind, wogegen die Pforte an der Ansicht festhält, daß nur die durch kaiserlichen Erlaß erlaubten Schulen, 87 an der Zahl, ihre Anerkennung erhalten haben. Die Pforte beabsichtigt, ihren Standpunkt in einer Note auseinanderzusetzen. Es muß daher nach der „Frankf. Ztg.“ mit dem Wiedererscheinen des Geschwaders gerechnet werden, da die Amerikaner sich in der Schulfrage unnachgibig zeigen.

Vereinigte Staaten.

Beschlagnahme englischer Schuner durch amerikanische Schiffe. Ein amerikanischer Zollkutter hat, wie dem „Bureau Reuter“ gemeldet wird, im Behringsmeer einen englischen Schuner beschlagnahmt, weil dieser Waffen an Bord gehabt haben soll. Das beschlagnahmte Schiff gehörte einer Firma in Victoria, Britisch Columbia. Der Kapitän sagt, daß noch weitere fünf Schiffe, die wahrscheinlich alle nach Victoria gehören, beschlagnahmt worden sind.

Asien.

Von der englischen Tibet-Expedition wird dem „Reuterschen Bureau“ aus Lhassa gemeldet: Den Tibetanern ist ein Vertragsentwurf unterbreitet worden. Der Dalai-Lama beobachtet die Entwickelung der Dinge von einem 8 Tagemärsche von Lhassa entfernten Kloster aus, wo er sich zur Flucht bereit hält. Die Tibetaner sind vor allem gegen einen englischen Entschädigungsanspruch. Im Gebirge bei Lhassa ist der erste Schnee gefallen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 18. August 1904.

Der Abonnentenstand unseres Parteiorgans im 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis soll nach den auf der Parteikonferenz in Reinbek erstattetem Geschäftsbericht von 55 auf 30 zurückgegangen sein. Wie uns nun von unserer Expedition mitgeteilt wird, entspricht diese Angabe nicht den Tatsachen. Die Abonnentenziffer hat sich vielmehr in den beiden Wahlkreisen im verflossenen Geschäftsjahr von 55 auf 79 erhöht.

Die Distriktsführer werden ersucht, die Petitionsbögen schleunigst einzufordern und bis längstens Montag, den 22. August, in der Expedition des „Volksbote“ abzugeben.

Zur geplanten Wahlrechtsverschlechterung äußert sich jetzt auch die „E.-Z.“. Sie hält es nicht für gut möglich, daß man in Lübeck zu den mittelalterlich angehauchten Formen der Ständewahlen zurückkehren könnte. Das Blatt hat anscheinend vergessen, daß in Lübeck heutzutage alles möglich ist.

Vermißt wird seit Dienstagmittag gegen 1½ Uhr der Genosse Schneider Carl Aßmann. Alle Nachforschungen nach demselben sind bis jetzt vergeblich gewesen. Genossen und Bekannte des Vermißten, die nach dieser Zeit mit demselben zusammengetroffen sind oder etwas Näheres über seinen Aufenthaltsort anzugeben vermögen, werden im Interesse der besorgten Familie dringend ersucht, sofort nähere Nachrichten an Gen. P. Pape, Genossenschaftsbäckerei, Töpferweg, gelangen zu lassen.

Der Krankentransport scheint hier manchmal recht langsam von statten zu gehen, was folgender, uns mitgeteilter Vorfall — vorausgesetzt, daß derselbe den Tatsachen entspricht — beweist. Der Wärter Eulert aus Neustadt i. H. hatte sich nach seiner Ankunft mit einem Mädchen in Israelsdorf amüsiert; hierbei ist ihm jedoch sein Portemonnaie abhanden gekommen. Vollständig mittel- und obdachlos schlug er nunmehr sein Nachtquartier in einem Bahnwagen auf und bemerkte erst bei seinem Erwachen, daß derselbe inzwischen nach dem Hafen rangiert worden war, ohne daß man ihn entdeckt hatte. In krankem und schwachem Zustande schleppte er sich darauf nach dem Jönssonschen Bau in der Adolfstraße, wo ihn gegen 9 Uhr einige Tapezierer auffanden und sofort einen Schutzmann requirierten. Gegen 11 Uhr kam aber erst der Polizeiarzt und nach Verlauf einer weiteren Stunde die Transportkarre. Der Mann hat also nach dieser Darstellung drei Stunden in seinen Schmerzen liegen müssen, ehe er befördert wurde. Sollte hier wirklich keine Beschleunigung möglich gewesen sein?

Handelsregister. Am 16. August 1904 ist eingetragen worden: 1. die offene Handelsgesellschaft unter der Firma M. u. O. Ohlsson in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter sind: O. Ohlsson, M. W. Ohlsson, beide Glockengießer in Lübeck. Die Gesellschaft hat am 23. Juli 1904 begonnen; 2 bei der Firma Friedr. Matz in Lübeck: Dem H. G. P. Engelbrecht in Lübeck ist Prokura erteilt.

Herrenloses Boot. In dem Elbe-Travekanal in der Nähe der Mühlentorbrücke ist ein leeres Boot treibend angetroffen worden. Eigentumsansprüche sind bei dem Polizei-Amt geltend zu machen.

pb. **Die Fahrradmarder** entfalten wieder eine umfangreiche Tätigkeit. Am Mittwoch den 17. d. M. mittags zwischen 12 und 12½ Uhr wurde vom Flur des Hauses Beckergrube 62 ein Freilauf-Fahrrad mit Rücktrittbremse, schwarzem Gestell, schwarzen Felgen, blauen Speichen, nach oben gebogener Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 5595, gestohlen. Um dieselbe Zeit wurde vom Hausflur der Kommerzbank, Ein-

gang Johannisstraße, ein Fahrrad (Marke „Adler") mit schwarzem Gestell, weißlich-gelben Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Revolvertasche, und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 1620, gestohlen. Die Fabriknummer lautet 174 263 oder 174 283.

pb. **Brodbeuteldiebstahl.** Gegen eine Arbeiterin wurde Anzeige wegen Brodbeuteldiebstahls erstattet.

Travemünde. Von einem traurigen Geschick befallen wurde am Dienstag plötzlich ein in einem hiesigen Hotel bedienstetes Mädchen. Nach einem Streit mit seiner Herrschaft floh dasselbe in einem Anfalle von Geisteskrankheit in sein Zimmer, wo es sich einschloß und laut umhertobte, sowie einige Fensterscheiben zertrümmerte. Als man sie schließlich zum Oeffnen der Tür veranlaßt hatte, eilte sie tobend nach unten, wo es einem Kellner gelang, sie zu ergreifen. Daraufhin versuchte sie, sich übers Treppengeländer zu stürzen. Nach Untersuchung durch einen hiesigen Arzt wurde das arme Mädchen in die Lübecker Irrenanstalt verbracht. — Aufgehobener Weg. Des Polizeiamt macht bekannt, daß der von der Straße „Rose" in Travemünde unmittelbar beim Bahnübergange in nördlicher Richtung abzweigende Wirtschaftsweg auf der Strecke von der Rose bis zur Straße Nr. 3 des Bebauungsplans aufgehoben worden ist.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf der Hölle bei Heidei. H. ist man bei einer Tiefe von reichlich 500 Metern auf bedeutende Salzlager gestoßen. Die internationale Bohrgesellschaft hat sich das Mutungsrecht gesichert und es dürfte der Anlage eines Bergwerks nichts im Wege stehen. — Der norwegische Dampfer „Symra", auf der Fahrt von Brunsbüttel nach Kiel, geriet Dienstag abend beim Rendsburger Kreishafen auf Grund. Während der Nacht gelang es nicht, das Schiff wieder flott zu machen. Der Kanal war für die Großschiffahrt und den Schleppverkehr gesperrt. Mit Hilfe von Schleppern wurde das Schiff gestern vormittag wieder flott und konnte die Reise fortsetzen. — Das Gewese des Landmanns Brunholdts auf Wedingfeld bei Flensburg ist abgebrannt, der Hof Soendergaard bei Hoyer ist zum Teil abgebrannt. — Unterholb Stargards im Bache wurde die Leiche des 82jährigen Tischlermeisters Conrad gefunden. Die näheren Umstände lassen erkennen, daß er das Opfer eines Unglücksfalles geworden ist.

Hamburg. Sie wollen keinen Frieden! Während die Brauereiarbeiter den Einigungsvorschlägen des Gewerbegerichts ihre Zustimmung gegeben haben, lehnten die Brauereigewaltigen dieselben jedoch ab. Dieselben haben ein diesbezügliches Schreiben an das Gewerbegericht gesandt. Der Vorschlag, daß die Brauereien für diejenigen Arbeiter, die nicht innerhalb 4 Wochen eingestellt sind, die Hälfte der Streikunterstützung zahlen sollen, trage so demütigendes für Arbeitgeber in sich, daß nicht darauf eingegangen werden könne. Pflicht der Arbeiterschaft allerorts ist es nunmehr, den Boykott mit aller Schärfe durchzuführen. Trinke kein aufgeklärter Arbeiter Hamburger Bier! Hoch die Solidarität! — Das Bauspekulantentum tritt hier in einer neuen Straße in Eimsbüttel so recht in die Erscheinung. Dort kommen sämtliche Häuser mit einemmal unter den Hammer — Schutz der Arbeit. Die von der Bauarbeiterschutz-Kommission in Hamburg unter den hiesigen Maurern vorgenommene Umfrage über das Vorhandensein einer Zementflechten benannten Hautkrankheit hat folgendes ergeben: Von 2214 Maurern, welche den Fragebogen beantwortet haben, waren 13,28 Prozent mit Zementflechten behaftet. Das von der Kommission gesammelte Material soll zu einer Denkschrift an das Reichsgesundheitsamt verwendet werden.

Kiel. Ein Oberleutnant als Soldatenschinder. Das Geschwader-Kriegsgericht verurteilte den Oberleutnant Riedel vom Küstenpanzer „Hildebrand" wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung von fünf Untergebenen zu 14 Tagen Kammerarrest.

Neumünster. Die hiesigen Textilarbeiter sind in eine Bewegung zur Erringung des Zehnstundentages getreten. Schon ehe den Fabrikanten die Forderungen unterbreitet wurden, haben sie sich auswärts um Streikbrecher bemüht. Vorsicht ist also geboten. An der Bewegung sind auch die christlichen Textilarbeiter beteiligt. — Tödlicher Unfall. Gestern Vormittag verunglückte auf dem hiesigen Bahnhofe der Rangierer Preuß, indem er zwischen zwei Puffer geriet und ihm der Brustkasten eingedrückt wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. Preuß hinterläßt Frau und mehrere Kinder.

Letzte Nachrichten.

Zeitz. Ein Mord wurde in der Nacht zum Montag auf dem hiesigen Schützenplatz in einer Schaubude verübt. Ein Neger trat dort als Ringkämpfer auf. Nachdem der Schwarze von einem Konkurrenten, dem hiesigen Maurer Lanzendorf, einem verheirateten Manne, bereits zweimal geworfen worden war, übermannte ihn beim dritten Gang die Wut, er stürzte dem überraschten Gegner an die Kehle und drehte ihm den Hals förmlich ab, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Dem Neger gelang es, in der allgemeinen Verwirrung zu entfliehen. Nach einer anderen Meldung wurde der Neger dagegen verhaftet.

Fulda. Im Streite erstochen. In der Nacht zum Dienstag haben zwei hiesige Arbeiter den beim Kanalbau beschäftigten Rohrleger Heinrich Bonk aus Ostpreußen nach einem Wortwechsel auf offener Straße niedergestochen.

Trier. Beim Holzsammeln im Walde wurde von unbekannter Hand ein Knabe von hier erschossen.

Budapest. 500 Häuser vernichtet. In Gyöngyös wurden durch Feuer 500 Häuser vernichtet. Große Mengen Vieh, Getreide und Futtervorräte fielen den Flammen zum Opfer. Infolge Wassermangels konnten Löscharbeiten nicht vorgenommen werden. Das Elend ist groß.

Trient. Vater- und Muttermord. Der Bauer Tavernini in Levico erschlug in einem häuslichen Streit Vater und Mutter und flüchtete alsdann.

Minsk. Die russische Stadt Woloskin, Gouvernement Wilna, wurde durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört.

Toulon. Ein Omnibus stürzte in voller Fahrt infolge Radbruchs einen Abhang hinunter. Zehn Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Ein Mädchen ist bereits gestorben.

Newyork. Richter Lynch. Die in Statesborough verübten Lynchereien (siehe heutige Beilage) sind nach der „Frankf. Ztg." die scheußlichsten seit langer Zeit. Der Pöbel goß 100 Liter Petroleum auf die Neger, sodaß diese unter brennenden Scheiterhaufen entsetzliche Qualen zu leiden hatten und jämmerlich baten, man möge sie töten. Die Behörden hatten alles aufgeboten, um das Lynchen zu verhindern.

Statt besonderer Meldung.
Mittwochnachmittag entschlief sanft nach längerer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter
Anna Evers, geb. Meier,
im Alter von 71 Jahren. Tiefbetrauert von den Hinterbliebenen
W. Klempau u. Frau, geb. Evers.
Die Beerdigung findet Montag den 22 August, vorm. 9½ Uhr, von der Leichenhalle, Burgtor, aus statt.

Zu sof. od. 1. Okt. Lehrling gesucht.
Techn. Bureau u. Installations-Geschäft **Ausborn & Prien**, Beckergrube 68.

Tüchtige Schuhmacher
auf dauernde Arbeit sucht
Danetz, Wickedestraße 32.

Gesucht ein Schuhmachergeselle.
Aug. Rostock, Fünfhausen 14.

Zu sofort ein ordentliches Mädchen für häusliche Arbeit
An der Mauer 41 a, Ecke Weberstr.

Johann Behrens
Brüderstr. 14, part., St. Lorenz,
ist vom 19. August 1904
Kassierer der Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer, Zahlstelle Lübeck.

Achtung!
Hiermit zur Nachricht, daß ich die
Schuhmacherei weiter führe
und bitte um gütigen Zuspruch.
Rob. Schmidt Ww., Gewerbestr. 56.

Gefunden in der Fackenburger Allee **ein Orden des Kampfgenossenvereins zu Lübeck.** Abzuholen
Fackenburger Allee 38, Hinterhaus.

Feine Meierei-Butter
Pfund 120 Pfg.
Hochfeine Meiereibutter
Pfund 135 Pfg.
J. Hamann,
Adlerstraße 33d.

Buchen-, Tannen-Brennholz
in Kloben, gesägt und kleingemacht empfiehlt billigst
Christian Gäde
Brennmaterialienhandlung,
Fernruf 242. **Fischergrube 5–7.**

Scherm's Reisehandbuch
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
— Preis 1,50 Mk. —
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	1,80—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	0,88—2,35
Zwirn-Hosen	1,38—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,23
Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.

Halbjährliche
General-Versammlung
der Seefahrer-Krankenkasse
(E. G. H. Nr. 16)
Montag den 22. August, abends 8½ Uhr bei Herrn Jürss, Engelsgrube 59.
Tages-Ordnung:
Innere Kassen-Angelegenheiten. Der Vorstand.

Arbeiter Bildungsschule Lübeck.
Morgentour nach Schlutup
am Sonntag den 21. August.
Abmarsch präzise 6 Uhr früh von der Burgtorwache.
Der Vorstand.

Die beste Hofbutter
kostet von heute ab das Pfund nur 1 Mk. 10 Pf.
Heinr. Wischendorff, Königstr. 88.

Zirkus Corty-Althoff
Lübeck. Auf dem Burgfelde.
Freitag den 19. August 1904 abends 8 Uhr:
Große Gala-Dank- und Abschieds-Vorstellung
mit einem überraschenden, sensationellen Riesen-Programm, bestehend aus
20 der besten Nummern. 20
Kinder bezahlen auf allen Plätzen
halbe Preise.
Sämmtliches Personal erscheint in Gala-Kostumes.
Beste, amüsanteste und großartigste Vorstellung der ganzen Saison.
Pr. N. B. Smith
mit 3 wilden und bösartigen Pferden, wovon 1 Pferd schon 1 Mann totgeschlagen hat,
Neu! Die beiden Akrobaten zu Pferde.
Vorführung von **Freiheitspferden** 30
durch Herrn und Frau Direktor **Althoff**.
Auftreten des gesamten Künstlerpersonals, aller Klowns u. drei Auguste.
Viele sensationelle Novitäten!

Im Verlage des Vorwärts erscheinen unter dem zusammenfassenden Titel **Kulturbilder** wichtige Abschnitte aus der Kulturgeschichte, die allgemeinverständlich dargestellt und reich illustriert werden. Das Unternehmen beginnt mit der Darstellung der **Religionskämpfe** des 16. und 17. Jahrh. unter dem Titel:

Wider die Pfaffenherrschaft

Von **Emil Rosenow**

Vom Standpunkte des historischen Materialismus entwirft der Verfasser das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft. Der Leser sieht, wie inmitten der zusammenbrechenden römischen Gesellschaft die **urchristlich-kommunistischen Agitationen** beginnen, welche die herrschende Klasse Roms vergeblich niederzukämpfen sucht; wie sich aus dem urchristlichen Kommunismus **die Kirchenherrschaft** entwickelt, wie sie ihren Siegeszug durch die Länder hält. Er zeigt, wie **das Papsttum** entsteht und den Gipfel seiner Macht erklimmt; wie die Kirche das politische und ökonomische Leben beherrscht, bis, beim Ausgange des Mittelalters, die aufkommende **kapitalistische Wirtschaftsweise** der Pfaffenherrschaft den Boden entreißt und in Blut und Kriegsgetümmel ihren Zusammenbruch herbeiführt.

Das **Papsttum**, die **Klosterei** und **Möncherei**, die politisch-ökonomische Tätigkeit des mittelalterlichen Klerus; die große Ausbeutung der Volksmassen durch Zehnten, Fronden, Ablaß usw., die blutige und grausame Bekämpfung jeglicher Opposition **(Ketzerverfolgungen)**, die finstere Zeit der **Hexenprozesse**, die grausame Niederschlagung des Volkes **(Bauernkriege, Wiedertäuferverfolgungen)** und schließlich das furchtbare Elend des **30jähr. Krieges** . . . das alles sieht der Leser in packender Darstellung an seinem geistigen Auge vorüberziehen.

In die Zeit, deren Schilderung der erste Band unseres Werkes dient, fällt auch die Wiedergeburt der antiken Kunst; in ihr entstanden die unerreichten Werke eines Cranach, Dürer und Holbein. Aus diesen Quellen sind unsere Illustrationen geschöpft. **Der erste Band wird gegen 400 Bilder, darunter Abbildungen der größten Meisterwerke jener Zeiten und Völker bringen,** die, wie wir erwarten, den Beifall der gesamten Arbeiterwelt finden werden.

Der erste Band wird in 50 Lieferungen à 20 Pfennig erscheinen.

Jeder Band ist für sich abgeschlossen, so daß das Abonnement auf den **einen** Band **nicht** den Bezug der weiteren Bände notwendig macht.

Wöchentlich erscheint ein Heft.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 194. Freitag den 19. August 1904. 11. Jahrgang.

Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Bremen 1904.

(Fortsetzung.)

Wahlen. Nachwahlen zum Reichstag fanden im Berichtsjahr 10 statt, an denen sich die Partei beteiligte, und zwar in den Kreisen Dessau, Mittweida, Reichenbach Kirchberg, Eschwege-Schmalkalden, Osnabrück, Zschopau-Marienberg, Lüneburg, Altenburg, Frankfurt a. O. und Straßburg-Land i. E. Fünf der erledigten Mandate waren im Besitz der Partei. Mittweida, Reichenbach, Zschopau, Altenburg und Frankfurt a. O. Mittweida und Reichenbach wurden von der Partei glänzend behauptet, wenn auch ein kleiner Stimmenrückgang gegen die bei den allgemeinen Wahlen erzielten Ziffern zu verzeichnen war. Die Mandate der Kreise Zschopau, Altenburg und Frankfurt a. O. gingen der Partei verloren. Das Mandat des Kreises Mittweida war durch die Niederlegung des Mandats durch den Genossen Göhre erledigt, die erfolgte, ohne daß Genosse Göhre sich weder mit den Genossen seines Wahlkreises, noch mit dem Parteivorstand in Verbindung gesetzt hatte, ein Vorgang, der sich bisher noch nicht zugetragen hatte und in den weitesten Kreisen der Partei böses Blut machte. Reichenbach und Zschopau waren durch den Tod der Genossen Hofmann und Rosenow frei geworden und die Mandate der Kreise Altenburg und Frankfurt a. O. für ungültig erklärt worden vom Reichstag. Die Ungültigkeitserklärung der beiden Mandate durch die Reichstagsmehrheit entbehrt jeder rechtlichen Unterlage. Sie ist nur erklärlich, wenn man die Ausbrüche wütenden Hasses gesehen und gehört hat, mit denen die sozialdemokratische Fraktion bei jeder Gelegenheit von den Mehrheitsparteien überschüttet wird. Die Wahl in Altenburg wurde für ungültig erklärt, weil der konservative altenburgische Minister noch vor Ausschreibung der Wahl im konservativen Verein Zweifel darüber geäußert hatte, ob ein Herr v. Blödau der geeignete Kandidat sei, den Kreis zu behaupten. Der Grund, weshalb das Frankfurter Mandat kassiert wurde, ist ebenso fadenscheinig. Die Kassierung erfolgte, weil der Regierungspräsident noch vor Ausschreibung der Wahl einen konservativen Wahlaufruf zugunsten des Herrn Fellisch unterzeichnet hatte. Würde der Reichstag die bei der Kassierung der Wahlen in Altenburg und Frankfurt geübte Praxis fernerhin konsequent durchführen, dann hätten es die bürgerlichen Parteien in der Hand, sich in unsicheren Kreisen einen zielsicheren Protestpunkt zu schaffen, um im Falle des Sieges dem sozialdemokratischen Vertreter ein Bein zu stellen.

Der Verlust des 20. sächsischen Wahlkreises ist vielfach bemängelt und auch dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht worden, durch seinen Einspruch gegen die Kandidatur des Genossen Göhre den Verlust des Kreises mit verschuldet zu haben. Dieser Vorwurf ist unberechtigt. Der Parteivorstand würde seine Pflicht versäumen, würde er unter gleichen Umständen nicht ebenso handeln, wie er im Falle Göhre gehandelt hat. Genosse Göhre legte am 1. Oktober v. J. sein Mandat nieder, ohne vorher weder den Genossen des 15. sächsischen Wahlkreises noch einer andern Parteiinstanz von seinem Vorhaben Kenntnis gegeben zu haben. Diese Handlung des Genossen Göhre stand mit allen Parteitraditionen im schroffsten Widerspruch.

Dieselbe Auffassung teilte auch die am 25. Oktober in Chemnitz abgehaltene Kreiskonferenz des 15. sächsischen Wahlkreises, die mit allen gegen zwei Stimmen dem Genossen Göhre ihre Mißbilligung aussprach und den Genossen Stücklen-Altenburg als Kandidaten aufstellte, der am 17. November gewählt wurde.

Nach dem Tode des Genossen Rosenow begingen die leitenden Genossen des 20. sächsischen Kreises den Fehler, ohne mit den sächsischen Agitationskomitees oder dem Parteivorstande Rücksprache genommen zu haben, dem Genossen Göhre die Kandidatur anzutragen. Sowohl den Genossen des 20. Kreises wie auch dem Genossen Göhre war die Beschlußfassung der Kreiskonferenz des 15. Kreises vom 25. Oktober bekannt. Beide Teile hätten die Verpflichtung gehabt, ehe sie vollendete Tatsachen schufen, den Rat der Parteiinstanzen einzuholen, denn es lag auf der Hand, daß das Verhalten des Genossen Göhre, der jetzt sich wieder zur Annahme einer Kandidatur bereit erklärte, nachdem er kurz zuvor der Partei die Verlegenheiten und die Kosten einer Neuwahl verursacht hatte, auf scharfen Widerspruch in der Partei stoßen mußte. Da es nicht geschah, ergriffen die sächsischen Agitationskomittees die Initiative und erhoben Einspruch gegen die Kandidatur des Genossen Göhre. Der Partei- und Fraktionsvorstand schlossen sich dem Einspruch an. Der Wortlaut des Einspruchs wurde in der Fraktionssitzung vom 24. Februar festgestellt, gleichzeitig aber auch beschlossen, nochmals mit dem Genossen Göhre in Verhandlung zu treten. Das geschah. Genosse Göhre erkannte an, daß er einen Fehler gemacht habe, und erklärte sich bereit, auf die Kandidatur zu verzichten, wie auch seinen Einfluß den Genossen des Kreises in der für Sonntag, den 28. Februar, angesetzten Kreisparteiversammlung bekannt zu geben. Somit konnte die Veröffentlichung des Einspruchs unterbleiben. Die Veröffentlichung der von seiten der sächsischen Agitationskomitees gefaßten Resolution, beruhte auf einem Mißverständnis, das später aufgeklärt wurde. An Stelle des Genossen Göhre, der freiwillig zurücktrat, wurde Genosse Pinkau-Leipzig aufgestellt, für dessen Kandidatur Genosse Göhre rednerisch noch so lange tätig blieb, bis eine Erkrankung an der Agitation ihn hinderte. Die Genossen des 20. sächsischen Kreises verdienen für ihre treue, fleißige und ausdauernde Arbeit im Wahlkampf Anerkennung. Die Genossen haben gezeigt, daß, wenn sie auch einen Fehler gemacht hatten, sie in Reih und Glied der großen Kampferschar marschierten. Die Niederlage wird der nächste Wahlkampf auswetzen.

Um in Sachsen Vorgänge, wie die geschilderten, in Zukunft unmöglich zu machen, nahm die diesjährige Landeskonferenz Sachsens mit 66 gegen 9 Stimmen folgende Resolution an:

„Die Landesversammlung erkennt an, daß, wenn keine Landesversammlung entscheiden kann, das Zentralkomitee mit den Agitationskomitees laut §§ 3, 7 und 12 des Organisationsstatuts für Sachsen berechtigt sind, bei Aufstellung von Kandidaten für Reichstags- und Landtagswahlen in den einzelnen Wahlkreisen mitzuwirken und mit zu entscheiden. Kommt eine Einigung zwischen diesen Instanzen nicht zu stande, so ist die Angelegenheit der Parteileitung zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten."

Damit ist in Sachsen Parteigesetz geworden, was bisher als Parteitradition gegolten hat. Wäre es anders, würde der einheitliche Charakter der Partei in Frage gestellt. Der klar, bestimmt und fast einmütig bekundete Wille der Genossen geht dahin, nicht nur jedem Versuche der Lockerung der Einheitlichkeit der Partei entschieden zu begegnen, sondern die Parteiorganisation im zentralistischen Aufbau auszugestalten.

Durch das geschlossene Eintreten der Genossen in der Stichwahl am 2. Juni in Straßburg-Land siegte der Demokrat Blumenthal, dessen Mandat auch vom Reichstag kassiert war, über den Reaktionär Hauß, einen Elsässer Landesparteiler.

Nach dem Verlust der drei Mandate der Kreise Altenburg, Zschopau Marienberg und Frankfurt-Lebus ist der Besitzstand der sozialdemokratischen Fraktion von 81 auf 78 Sitze gesunken.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Bauschlosser-Bewegung in Breslau ist im wesentlichen zu Gunsten der Arbeiter beendet. Nur die Schlosser einiger kleinerer Betriebe befinden sich noch im Ausstand. — Die Holzbildhauer Breslaus fordern die 8½stündige Arbeitszeit, Abschaffung der Akkordarbeit und einen Minimallohn von 40 Pf. pro Stunde. Der Gewerkverein der Bildhauer hat sich mit dem Zentralverein solidarisch erklärt. Die Firma Buhl hat nach Eingang der Forderungen sofort drei Mitglieder des Zentralvereins und den Vorsitzenden des Gewerkvereins gemaßregelt. — Der Malerstreik in Danzig ist beendet. Erreicht wurde ein Minimallohn von 40 Pfennig pro Stunde, der 1905 auf 43 und 1906 auf 45 Pf. steigt. Verlangt wurden für das Jahr 1905 schon 45 Pf. In diesem einen Punkt gaben die Gehülfen nach und waren für 1905 mit 43 Pf. zufrieden. — Die Steinarbeiter in Posta und Umgegend sind von den Unternehmern ausgesperrt worden. — 400 Holzarbeiter befinden sich in Halle in der Lohnbewegung. — Die Dockarbeiter von Ajaccio haben den Ausstand erklärt und verweigern die Ladung der Schiffe.

Die Generalstreik-Resolution, die in Berlin in der Friedeberg-Versammlung angenommen wurde, sollte auch in Hannover in einer Gewerkschaftsversammlung, in der Kater referierte, voliert werden. Die Resolution wurde jedoch mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Streik russischer Landarbeiter. Auf dem Gute Paparczyn (Westpreußen) legten sämtliche Russen die Arbeit nieder. Sie wurden durch den Gendarmen an die russische Grenze gebracht und ausgewiesen. Wie verlautet, glaubten sie den rückständigen Lohn nicht rechtzeitig erhalten zu haben. Ein großer Teil des Roggens steht infolge des Streiks noch auf dem Felde.

Streikbrecherlohn. Der Berliner Bäckerstreik war vorüber; die Forderungen der Gesellen mußten bewilligt werden, so sehr man sich auch dagegen gestemmt und gesträubt hatte. Aber die angeworbenen Streikbrecher verdarben die Ware und verscheuchten die Kundschaft. Also wurde bewilligt, organisierte Gesellen wurden wieder eingestellt, die Streikbrecher hatten ihre Schuldigkeit getan (eigentlich nicht getan). Ganz empört fragte einer von den „nützlichen Elementen" den undankbaren Meister: „Ha, ist das der Dank für die in der Not geleistete Hilfe?" Der Meister sah den Fragenden spöttisch an, dann meinte er zynisch: „Da können Sie sehen, wie dumm Sie waren!" — Die Antwort dieses Meisters sollten sich alle arbeitswilligen Elemente hinter die Ohren schreiben. Man benutzt den Streikbrecher, so lange man ihn unumgänglich nötig hat, schiebt ihn aber ab, sobald es irgend angängig. Auch hier gilt eben das Wort, daß man wohl den Verrat, nicht aber den Verräter liebt.

Zwecks gemeinsamer Verhandlungen über eine einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse hatte der Deutsche Metallarbeiterverband eine Einladung an die Arbeitgeber der Eisen, Stahl und Metall verarbeitenden Betriebe gesandt. Daraufhin hat der Verband der „Kühnemänner" ein Rundschreiben an seine Unterverbände erlassen, in dem diese die Arbeitgeberfirmen warnen, sich mit dem Metallarbeiterverband einzulassen, und diese an den Verband der Kühnemänner verweisen. Die „Arbeitgeberzeitung" veröffentlicht jetzt diesen Ukas der Kühnemänner.

Gewerbegericht und Gewerkschaftskartell. Das Gewerkschaftskartell zu Dresden nahm Stellung zu den auffälligen Vorgängen, die sich zwischen dem Gewerbegericht und der Firma Siemens abgespielt haben und in dem bekannten Siemensprozeß in der größeren Öffentlichkeit bekannt geworden sind. Nach einem Referat des Delegierten Holz nahm das Gewerkschaftskartell einstimmig folgende Resolution an: „In dem Prozeß der Firma Siemens gegen einige Redakteure der „Sächsischen Arbeiterzeitung" ist durch die Zeugenaussagen der Gewerberichter bekannt geworden, daß die Direktion dieser Firma einen Gewerberichter in der Ausübung seiner Pflicht als Richter in der gehässigsten Weise schikaniert hat. Außerdem hat die Direktion auch die Hilfe

Der Sieg des Schwachen.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

18 Fortsetzung.

Auf der andern Seite stand aber die Frau Pfarrerin in einem Verhältnis wechselseitiger Mitteilungen mit der Frau Lehrerin und diese hatte wieder eine Beziehung zur Frau Wirtin. Es ist möglich, daß die gute und im Grunde ihres Wesens heitere Dame dem Reiz nicht widerstehen konnte, die ihr noch nie vorgekommene und darum höchst pikante Tatsache unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit der Vertrauten zu schildern, da nach der strengen Justiz, die sie gegen die Uebeltäterin geübt hatte, doch auch die komische Seite derselben ausgebeutet sein wollte. Daß dann die Frau Lehrerin die prächtige Geschichte nicht ganz und gar für sich behalten, sondern sie unter der nämlichen sichernden Bedingung der Wirtin vertraut, wäre ihr kaum zu verdenken gewesen. Um so weniger aber der Wirtin die Mitteilung an irgendeinen ihrer Gäste, für deren Unterhaltung zu sorgen ja zu ihren Pflichten gehörte! — Genug, die Sache war ausgekommen und ging wie ein Lauffeuer im Dorfe herum, und der Schneider hatte die Folgen zu dulden.

Mit welchen Empfindungen dieser den Wirtsgarten verließ, kann man sich denken. Das ihm angeborene Ehrgefühl, durch die übelsten Erfahrungen nicht unterdrückt, war nach dem gestrigen Sieg über seinen Vater mächtig emporgelodert. Seine Ansprüche auf Achtung hatten sich erneuert, und er glaubte sich durch die Erreichung seines Zweckes, die er für gewiß annahm, allgemein in Ansehen bringen zu können. — Nun war alles wieder zu Wasser geworden. Das heutige Gesicht des Alten hatte ihn belehrt, daß er seine Einwilligung in die Heirat mit der Bäbe weniger als jemals hoffen könne — daß er die Schläge fruchtlos erduldet hatte! Und zu alledem war seine Schmach öffentlich geworden — er, der Geschädigte, war dem Spott und der Mißhandlung preisgegeben, wer weiß auf wie lange! — Der Boden brannte unter ihm, er fürchtete sich unendlich, jemand zu begegnen, und eilte auf dem kürzesten Wege aus dem Dorfe ins Feld, wo er den einsamsten, am wenigsten betretenen Fußpfad aufsuchte.

Als er hier weitherum niemand gewahrte, entlastete er das gepreßte Herz und brach in laute Verwünschungen aus. Er sagte sich in wilder Leidenschaft vor, was er erduldet, schmähte, daß ihm — grad ihm das begegnen sollte, malte sich aus, was er ferner werde zu leiden haben, und wühlte sich immer tiefer in sein Elend hinein. Die Worte gingen ihm endlich aus, aber nicht das Wallen und Sieden des Herzens, dem sie entstiegen waren. Er lief zwischen herrlichen Saatfeldern hin, aber er nahm sie nicht wahr, so wenig als er die Lerchen hörte, die nach und nach die Luft zu beleben anfingen. Sein Geist war der Außenwelt ganz entrückt und schweifte weitab, seine Füße trugen ihn nur noch mechanisch weiter.

Ein Markstein, an den er stieß, brachte ihn wieder zur Besinnung. Er sah auf und bemerkte, daß er in die Feldung des Nachbardorfes eingetreten und diesem näher war als dem seinen. Das stimmte ihn ruhiger. Er war sicherer hier und darum für ihn heimlicher. Einen Seitenpfad einschlagend ging er langsamer, aber um vieles gemütlicher vorwärts. Nach und nach legte sich der innere Aufruhr ganz, der Mut kam ihm wieder, und die Kraft der Verteidigung regte sich in ihm. Die Phantasie, die große Trösterin, erhob sich, fühlte sich und begann ihr Geschäft, die erlebten Unbilden umzubilden und das, was geschehen war, so darzustellen, wie es hätte geschehen sollen.

Er dachte sich die Kerle im Garten, wie sie an der Tafel saßen und von ihm sprachen. Es gab ein Gerede hin und her, und mancher dumme Spaß wurde über ihn gemacht. Wenn er jetzt käme, rief einer der Lümmel, dem sollt' es gutgehen! — Und siehe da, er kam, er setzte sich zu ihnen — aber die Sache ging anders, als sie gedachten — Das Trätzen fing an, einer half dem andern. Eine Zeit lang hörte er es ruhig an, indem er nur diesem und jenem eine Red' hinschmiß, daß er daran zu schlucken hatte. Endlich kriegte er's genug, und er rief zum Leard: Halts Maul jetzt. Ich hab' das dumme Gered' satt! Der Leard gab nicht nach. Nochmal rief er ihm zu: Halt's Maul, oder es reut dich! Der Leard lachte laut und fing wieder an. Da wars mit seiner Geduld zu Ende; um nicht lange herumzufackeln, ergriff er den Maßkrug, holte aus und schlug den Kerl auf den Kopf, daß er ins Gras hinpurzelte. — Alle sprangen auf und schrieen: Auf ihn! Er hat den Leard totgeschlagen! Haut ihn nieder! Aber solch Geplärr konnt' ihn nicht aus der Fassung bringen; er trat zurück, schwang den Krug und rief: Drei Schritt' vom Leib! Wer mich anrührt, ist des Todes. Die Bosheit und die Wut trieben doch einige Burschen vorwärts, obwohl ihnen der Schrecken aus dem Gesichte sah; grimmig gingen sie auf ihn los, der Kampf begann — und ihm gelangen die größten Taten seines Lebens.

Den ersten schlug er ins Gesicht, daß er rückwärts auf die andern stürzte und das Blut ihm aus der Nase lief. Dem andern gab er eins hinter die Ohren, daß er taumelte, mit dem Gesicht auf den Boden fiel und Ach und Weh schrie. Nun wurden die übrigen rasend, einer hetzte den andern, und auf einmal stürzten sie alle zugleich gegen ihn. Da half kein Feiern! Er setzte mit der Schnelligkeit des Blitzes und mit ungeheurer Kraft den Krug in Schwung, daß er umging wie ein Triebrad und es ganz unmöglich war, ihm anzukommen. Wer am weitesten vorkam, der kriegt' es mit fürchterlicher Gewalt an den Kopf, an die Arme, daß er beiseite geschleudert um und um torkelte. So ging's fort, bis sie alle zu Boden lagen und stöhnten, sogar flennten, ausgenommen die zwei Jüngsten, die sich hinten gehalten hatten und ihn zitternd baten, ihnen nichts zu tun. Während dies geschah, waren die übrigen Gäste herbeigekommen, und

des Oberbürgermeisters wiederholt angerufen mit dem Erfolge, daß dem Gewerberichter erst eine Verwarnung erteilt worden ist, womit die Firma sich nicht begnügte und in einer späteren Ladung vor dem Oberbürgermeister an den Gewerberichter das Ansinnen gestellt wurde, nicht nur formell eine zu einer Verhandlung vor dem Gewerbegerichte getane Aeußerung, die Firma handle in einer Streitsache gegen ihre Arbeiter wider Treu und Glauben, zurückzunehmen, sondern eine offizielle Erklärung darüber abzugeben. Die versammelten Vertreter des Gewerkschaftskartells, die 30 000 organisierte Arbeiter von Dresden repräsentieren, protestieren gegen die einseitige Parteinahme des Oberbürgermeisters zugunsten der Siemensschen Glasfabrik, deren inhumane Behandlung der Arbeiter in ganz Deutschland hinreichend bekannt ist. Der Eingriff des Oberbürgermeisters ist in diesem Falle geeignet, die Unabhängigkeit der Gewerberichter zu erschüttern, sowie das Vertrauen und Ansehen des Dresdner Gewerbegerichts herabzuwürdigen."

Sammlungen zum Wahlfonds der dänischen Sozialdemokratie finden laut Beschluß des Parteitages von 1901 alljährlich statt. Die Kosten der Wahlbewegung vom vorigen Jahre konnten fast ganz aus den Sammlungen der Jahre 1902 und 1903 gedeckt werden. Den ersten Beitrag zum Wahlfonds sandte diesmal der Professor für englische Sprache und Litteratur an der Universität Kopenhagen, Otto Jaspersen, und zwar mit folgendem Begleitschreiben: „Hiermit erlaube ich mir, einen Beitrag zum sozialdemokratischen Wahlfonds zu senden mit einem tiefgefühlten Danke für den Kampf der sozialdemokratischen Partei für ökonomische Gerechtigkeit und politische Gleichheit. Nicht zum mindesten auch Dank für den Kampf gegen die militaristische schleichende Seuche."

Das Schicksal eines Denunzianten. Als sich vor vier Wochen die Straßenbahner in Augsburg fast vollzählig organisierten, hat sich ein Kollege als „Berichterstatter" der Direktion zur Verfügung gestellt, mit dem Resultat, daß zwei Versammlungsteilnehmer gemaßregelt wurden. Nun hat die gemeine Kreatur unerwartet schnell das Schicksal erreicht: Sein niedriger Charakter wurde auch dem Herrn Direktor persönlich gefährlich und kurzerhand wurde der vorher noch als Liebkind behandelte Denunziant hinausgeworfen. — Undank ist der Welt Lohn! murmelte der Verräter seiner Kollegen beim Verlassen seiner so sicher geglaubten Arbeitsstätte.

Rentenerhöhung. Der Vorstand der Versicherungsanstalt von Schwaben und Neuburg hat beschlossen, während der Durchführung eines Heilverfahrens die dann eintretende Angehörigenunterstützung zu erhöhen.

Die französischen Landarbeiter-Vereinigungen sind dieser Tage in Narbonne zu ihrem zweiten Nationalkongreß zusammengetreten. Gegen 100 Delegierte vertreten 150 Organisationen, in denen landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche und Weinbergarbeiter vertreten sind.

Auf dem 4. internationalen Metallarbeiterkongreß, der vom 12.—15 August in Amsterdam abgehalten wurde, waren 33 Delegierte anwesend, die 420 000 organisierte Metallarbeiter vertraten. Deutschland mit 160 000 Mitgliedern war durch 3 Delegierte vertreten (Schlicke-Stuttgart, Haack-Leipzig und Cohen-Berlin) Nach Erörterung der Verhältnisse der Organisation in den einzelnen Ländern, sowie der Höhe der Beiträge zum internationalen Sekretariat wurde ein Beschluß angenommen, nach dem der Sitz des internationalen Bureaus vom 1. August 1905 von England nach Deutschland verlegt wird. Schlicke wird Sekretär, nimmt aber schon jetzt die entsprechende Tätigkeit auf.

Im 20. sächsischen Reichstagswahlkreise, Zschopau-Marienberg, sind die Genossen sehr rührig an der Agitation und dem Ausbau der Organisation, um die bei der letzten Nachwahl erlittene Schlappe wieder auszuwetzen. Nachdem schon seit Ostern eine Reihe von Versammlungen im Wahlkreise stattgefunden, fanden am Sonnabend und Sonntag wiederum vier Versammlungen statt. Reichstagsabg. Sindermann-Dresden sprach am Sonnabend in Zschopau, wo wir seit einigen Wochen einen großen Saal erobert haben, und am Sonntag in Herold. Beide Versammlungen waren ausgezeichnet besucht und die Stimmung der Teilnehmer eine vorzügliche. In ebenfalls stark besuchten Versammlungen sprach Genosse Paul Göhre am Sonnabend in Heidersdorf und am Sonntag in Dittmannsdorf. Montag sprach er in Deutsch-Neudorf. Desgleichen finden in den nächsten Wochen wiederum eine Anzahl Versammlungen statt, so daß man hoffen darf, daß die Organisation eine Stärke erlangen wird, die in Zukunft solche Schläge wie bei der letzten Nachwahl unmöglich machen wird.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. Bei den am letzten Sonntag nach dem Proporz im Kanton Solothurn stattgefundenen Gemeindewahlen errang unsere Partei in einer Reihe von größeren Gemeinden hübsche Erfolge. In Olten wurden auf 30 Mitglieder 6 (bisher 3) Sozialdemokraten gewählt, in Grenchen auf 30 deren 13, in Solothurn 2 (bisher 3), in Biberist auf 19 deren 3, in Derendingen von 21 deren 11, so daß die Sozialdemokraten hier die Mehrheit besitzen; in Selzach und Bodsthal wurden je 2, in Hägendorf, Wangen und Trimbach je 1 gewählt. In den letzten fünf Gemeinden hatten unsere Genossen bisher keine Vertretung im Gemeinderat, sie haben eine solche nunmehr in elf Gemeinden.

Aus Nah und Fern.

„Krank ist er; Harnruhr hat er; aber trotzdem muß er sich bändigen lernen!" Das waren, so schreibt die „Volksstimme" in Magdeburg, unter anderem die Worte, mit denen Oberkriegsgerichtsrat Fischer als Vorsitzender des Kriegsgerichtes ein Urteil begründete, das nicht nur in der medizinischen Welt Verwunderung erregen dürfte. Es handelte sich um den Arbeitssoldaten Fries, der wegen Achtungsverletzung zu vier Wochen strengen Arrest verurteilt war und hiergegen Berufung eingelegt hatte. Inzwischen ist der Angeklagte auf seinen Geisteszustand untersucht worden, weil er behauptete, an plötzlichen Erregungszuständen zu leiden. In einem solchen Zustande hatte er am 8. Juli gelegentlich der Abbüßung eines 14tägigen Arrests einen schweren Tobsuchtsanfall. Zwei als Zeugen vernommene Sergeanten waren der Ansicht, daß der Angeklagte die Tobsucht nur markierte. Im übrigen bestätigten diese zwei und auch noch ein dritter Zeuge, daß der Angeklagte sehr leicht erregbar sei und daß er wegen chronischer Harnruhr für dienstunbrauchbar erklärt werden soll. Der ärztliche Sachverständige, Oberstabsarzt Dr. Keller, bestätigte, daß der Angeklagte tatsächlich an jener Krankheit leide. Neben diesem Leiden gehe stets eine Neigung zur Erregbarkeit einher. Bei Begehung der Achtungsverletzung habe der Angeklagte jedenfalls unter dem Eindruck seiner Krankheit gestanden. Der weitere Vorfall am 8. Juli sei als ein regelrechter Tobsuchtsanfall aufzufassen, welcher jedes Bewußtsein ausschließe. Nach der Vereidigung der Zeugen und des Sachverständigen beantragte der öffentliche Ankläger die Freisprechung des Angeklagten. Wider alles Erwarten entschied jedoch das Berufungsgericht, daß die Berufung des Angeklagten zu verwerfen, jener des Gerichtsherrn jedoch Folge zu geben und die Strafe von vier Wochen strengen Arrests auf zwei Monate Gefängnis zu erhöhen sei. In der Begründung wurde erklärt, die Verurteilung sei erfolgt mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten und ferner mit Rücksicht auf die üble Wirkung, die eine Freisprechung auf die anderen Soldaten der Arbeiterabteilung ausüben würde. Des weiteren sei als maßgebend erkannt worden, daß ein Soldat unter allen Umständen sich zu beherrschen lernen müsse. Zur Zeit der Tat habe sich der Angeklagte nicht in bewußtlosem Zustande befunden. Unmittelbar nach seiner Abführung wurde der Verurteilte im Korridor des Gerichtsgebäudes neuerdings von einem derartigen Tobsuchtsanfalle befallen, daß vier Mann aufgeboten werden mußten, um den Rasenden an Händen und Füßen zu fesseln. Dann trug man ihn zurück nach seiner Zelle. — Ein Kommentar ist wohl überflüssig.

Von einer beispiellosen Roheit zeugen nachfolgende Postkarten, die eine in Langendreer bei Bochum wohnende Frau von ihren Söhnen erhielt. Die Frau hatte sich, da ihre Söhne ihr keinerlei Unterstützung zukommen ließen, an die Armenverwaltung gewandt, woraufhin die Burschen genötigt wurden, ihre Pflicht gegenüber der Mutter zu erfüllen. Die Postkarten, die offen versandt wurden, hatten folgenden Wortlaut: „Teile Dir hierdurch mit, daß ich gehört habe, daß Du krank bist, was uns alle sehr freut. Auch will ich Dir zu wissen tun, daß ich noch keinen Mord auf dem Gewissen habe; aber das Zuchthaus steht noch offen, und daß solche Mütter, die ihren Kindern und Kindeskindern das Brot vom Tisch nehmen wollten, um selbst Luxus zu treiben, Raben-Mütter genannt werden. Fr. David." „Liebe Mutter. Die freudige Nachricht, daß Du krank darnieder liegst, ist mir zuteil geworden, doch der Gram verzehrt mich, wenn ich höre, daß Du nicht an dieser Krankheit sterben wirst, oder läßt Dich Dein Gewissen noch nicht sterben? Wie ein hungriger Geier auf totes Aas, so lauert Dein Sohn Heinrich auf die freudige Nachricht von Deinem Tode. Hoffentlich ruft Dich der Herr noch heute zur Rechenschaft zu sich, damit Du Zeugnis ablegest von dem, was Du an Deinen Kindern getan hast. Hiermit ein herzliches Fahre Wohl! Wenn Dir einmal Deine Mutter stirbt, dann danke Gott und sei zufrieden. Diesen einzigen Wunsch hat nur noch Dein Sohn Heinrich. Hoffentlich sind Dir, die Du Deinen Kindern das Blut aus den Knochen saugest, die Stunden gezählt. Mein sehnlichster Wunsch ist dieses." — Der „Allgemeine Beobachter" in Essen meint dazu: Pfui über solche Schandbuben! Wenn diese rohen Kerle dereinst von ihren Kindern in ähnlicher brutaler Weise behandelt werden, dann wird das nur gerechte Vergeltung sein.

Deutsche Versammlungsfreiheit! Einem Wirte in Unna (Ruhrrevier) wurde von der dortigen Polizeiverwaltung aufgegeben, während der Dauer des dortigen Maurerstreiks sein Lokal von abends 7 Uhr bis früh 9 Uhr zu schließen und keine Gäste darin zu dulden. Es bedurfte erst mehrfacher Beschwerden beim Regierungspräsidenten, deren Erledigung sechs Tage in Anspruch nahm, um die Aufhebung dieser ungesetzlichen Maßregel zu erreichen.

Ein zusammengestohlenes Warenlager im Werte von 7000 Mk. hat, wie der „Tägl. Rundsch." geschrieben wird, die Polizei in der Stettiner Straße zu Eberswalde entdeckt. Dort sind drei große Zimmer mit Waren aller erdenklichen Art angefüllt; neben den einfachsten Gebrauchsgegenständen sind Prunkwaren in allen Schattierungen vorhanden. Ein Nebenraum in einer Scheune enthielt ein vollständiges Wein- und Delikatessenlager. Seit Monaten wurden aus der ganzen Umgegend Einbrüche gemeldet, ohne daß man der Diebe habhaft werden konnte. Bei einem Diebstahl in Seelow ist nun das Haupt der Bande, ein Arbeiter Koeppen aus Eberswalde, dingfest gemacht worden, drei weitere Verhaftungen sind bereits vorgenommen worden.

Budapest. 15 Menschen verbrannt. In Risucza-Nihely (Trencsiner Komitat) brannten 300 Häuser nieder. Infolge der Trockenheit versagten die Brunnen, und es konnte nicht gelöscht werden. Sechs Menschen fielen den Flammen zum Opfer. Die Bevölkerung ist obdachlos. Die Ortschaft Telkesd in dem Biharer Komitat ist zur Hälfte niedergebrannt. Die Ortschaft Bodzas-Ujlak im Zemplener Komitat ist vollständig abgebrannt; 9 Menschen kamen in den Flammen um. In der Ortschaft Mád im Zemplener Komitat brannten 20 Häuser nieder. In Törke-Terebes sind mehrere Häuser und die Dampfmühle niedergebrannt. Bei der Ortschaft Bartos im Barser Komitat fanden gewaltige Waldbrände statt.

Ein großes Lynchgericht fand am Dienstag in Statesborough (Georgia) statt. Mehrere tausend bewaffnete Weißen zogen vor das Gefängnis, überwältigten die Miliz und bemächtigten sich zweier Neger, die wegen Ermordung eines weißen Mannes und eines Kindes, sowie wegen Angriffs auf eine weiße Frau und deren Ermordung verurteilt worden waren. Die Soldaten weigerten sich, auf die Menge zu feuern, da sie ein Blutbad anzurichten fürchteten. Die Weißen schleppten darauf die beiden Neger herbei und verbrannten sie in üblicher Weise lebendig am Pfahl. Man fürchtet, daß dreizehn andere Neger dasselbe Schicksal teilen werden, weil sie sämtlich in Verbindung mit einer Vereinigung der Farbigen stehen, deren Mitglieder geschworen haben, die Weißen zu töten.

Lübecker Marktpreise vom 17. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,35 Mk., Hasen Stck. — Mk., Enten Stck. 2,90 Mk., Hühner Stck. 1,70 Mk., Käken Stck. 1,— Mk., Tauben Stck. 0,50 Mk., Gänse Pfd. — Pf., Flickgans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,40 Mk., Schinken Pfd. 1,— Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 10 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 60 Pfg., Karpfen Pfd. — Pfg., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 17. August.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 800 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandtschweine, schwere 52—53 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 44—48 Mk. und Ferkel 48—53 Mk. pro 100 Pfund.

---

hatten ihm Lob zugerufen. Er setzte den blutigen Krug auf den Tisch, schnaufte ein paarmal und rief: So geht's den Kerlen, die mich zum Narren haben wollen! Wem ich gut zum Mut bin, der läßt's bleiben! — Die Umstehenden schmiegten sich an und sagten: Wer hätt' dem Schneider das zugetraut? Das ist ja ein Hergottssakrament! Er aber griff in die Tasche, warf dem Wirtsmädchen einen Zwölfer hin und schritt triumphierend durch die Leute, die ihm rechts und links Platz machten! — —

Als er mit diesem idealen Gebilde so weit gekommen war, hörte er Fußtritte. Ungern wendete er den Blick von der schönen Szene auf die gemeine Wirklichkeit, und vorwärts blickend erkannte er einen Bauern vom Nachbardorf, der in Begleitung eines Buben gegen ihn herankam. Schon von weitem sahen er in dem Gesicht des Alten das unangenehme Lächeln der Schadenfreude wahr, und eine Ahnung erregte sein Herz. Der Bauer grüßte schmunzelnd und sagte: Nun, Tobias, hast du's zu Hause nicht aushalten können? Es geht dir wohl recht schlecht bei euch, daß du zu uns herüberkommst?

Er hatte recht gerufen — der alte Esel wußte die Geschichte auch schon — der Teufel hatte in dieser Sache noch ein Übriges getan. Allein jetzt war er im Zuge, und schnell gefaßt erwiderte er: Bei euch, wenn ich deswegen gekommen wär', tät ich auch nicht viel passieren; denn da gibt's so große Narren, wie ich sch', als bei uns! Und richtig schritt er vorüber, während der Alte und der Bube grinsend lachten. — Seine Wanderung hatte indessen ihr Ziel erreicht. Wenn es so stand, dann war's hier nicht besser als bei ihm, und er konnte wieder nach Hause gehen. Die Sonne neigte sich schon gegen Nachmittag — er kehrte sich und ging langsam heimwärts. Gehend und zeitweise stehend und umherschauend, wußte er es so einzurichten, daß er just zur Dämmerzeit ins Dorf kam.

Auf dem Rückwege hatten sich Wolken erhoben, die den Schein der untergegangenen Sonne verdeckten — es war ziemlich dunkel, als er die Hauptgasse entlang ging. Dennoch erkannte er sogleich eine Gestalt, die langsam gegen ihn herauswandelte, und die ihm Gott entgegensandte — die Bäbe. Nach gewechselten Grüßen begann das Mädchen in melancholischem Ton: Es ist gut, daß ich dich treff': uns ist das Aergste passiert, was hat passieren können! — Was? rief Tobias auffahrend, geht das so fort? Nun? — Die Bäbe versetzte: Wie ich dich im Pfarrhause den Gang hintergetragen hab', sind wir gesehen worden — von der Pfarrerin. — Von der Pfarrerin! wiederholte Tobias. Also daher kommt's! Und mit dem Humor der Verzweiflung setzte er hinzu: Nun — und was weiter? — Den andern Morgen hat sie mir's vorgehalten und mir den Dienst gekündigt. — So! erwiderte der Schneider. Und mich hat mein Vater aus dem Pfarrhause kommen sehen, hat mir aufgepaßt und mich geschlagen, bis er genug gehabt hat! — Ach, du armer Tobias! rief die Bäbe und faßte ihn mitleidig bei der Hand. — Und die Leute wissen alles, die Lediggen haben heut' ihren Spott mit mir gehabt im Wirtshaus und haben mich beinah' aus der Haut gärgert — in drei Tagen wird man im ganzen Ries davon reden! — Da haben wir's, versetzte die Bäbe. Wer hätte gedacht, daß es uns so unglücklich ginge! — In Tone seines besseren Humors fuhr der Schneider fort: Was kann uns denn jetzt eigentlich noch passieren? — Nicht viel mehr, antwortete die Bäbe. — Das mein' ich auch, sagte der Bursche.

Schweigend sah er vor sich hin. Nach einer Weile richtete er seinen Kopf empor, seine Augen erweiterten sich, und er rief: Nun paß auf, was ich dir sag'! Ich hab' um dich Angst ausgestanden; ich hab' Schläg' ausgehalten und Schande verschluckt an allen Ecken und Enden. Jetzt bin ich fertig mit der Welt — und jetzt sag' ich dir: du, die Bäbe, die hier vor mir steht — du wirst mein Weib und keine andere! — O du guter Tobias, rief die Bäbe, halb anerkennend, halb nicht zu glauben wagend. — Bäbe, rief der Schneider, ich verlang', daß du mir glaubst! Meine Geduld ist am End' — kein Mensch geht mich jetzt mehr was an, als du, und um keinen Menschen kümmer' ich mich jetzt mehr was! Ich bin vierundzwanzig Jahre alt, ich hab' mein eigenes Vermögen, wenn's auch wenig ist, und kann tun, was ich will. Und ich sag' dem Alten auf, ich verlang' mein Geld heraus, und wir gehen miteinander fort in die weite Welt!

Die Augen des Mädchens richteten sich freudig und liebend auf den Schneider. Wenn du das könntest, entgegnete sie, dann wär' noch nichts verloren. Du weißt, daß ich mir noch was ausgedacht hab', was ich dir noch immer nicht hab' sagen können. Wenn du wirklich so denkst, dann können wir's miteinander tun und die Leut' hier auslachen. — Bravo, rief Tobias. Hier meine Hand! Was ich gesagt hab' geschieht! — Die Bäbe drückte seine Hand und rief: Ich dank' dir! Aber dort kommen Leute, und ich soll noch Milch holen. Gutnacht! Für heut' ist's genug!

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämtliche in Lübeck.